

Kontakt

Viadrina Center B/ORDERS IN MOTION
Europa-Universität Viadrina
Große Scharrnstr. 59
D-15230 Frankfurt (Oder)

www.borders-in-motion.de

Dr. Andrea Meissner
Wissenschaftliche Geschäftsführerin
Tel: +49 (0)335 5534 2880
meissner@europa-uni.de

Coverbild:
Ehemaliger Grenzübergang Frankfurt (Oder) / Słubice
©Heide Fest

Zitation:
Peter Ulrich, Norbert Cyrus, Anne Pilhofer (Hg.) (2020): Grenzen und Ordnungen in Bewegung in Zeiten der Corona-Krise. Analysen zu Region und Gesellschaft. Working Paper Series B/ORDERS IN MOTION Nr. 8, Frankfurt (Oder): Viadrina, doi:10.11584/B-ORDERS.8.

Lizenz:
Textinhalte freigegeben unter Creative-Commons-Lizenz
Namensnennung 4.0 International
(Details siehe creativecommons.org/licenses/by/4.0)

ISSN 2569-6025

Datum der Veröffentlichung: Oktober 2020

Zusammenfassung

Das vorliegende Themenheft versammelt Beiträge vom Corona-Blog „Grenzen und Ordnungen in Bewegung in Zeiten der Corona-Krise. Analysen zu Region und Gesellschaft“ des Viadrina Center B/ORDERS IN MOTION. Die Beobachtungen und Überlegungen zu den Effekten der COVID-19-Pandemie auf Grenzregionen, soziale Dynamiken und Neuordnungen von Machtstrukturen entstanden im Zeitraum von Mai bis September 2020 und behandeln damit die „erste Welle“ der Pandemie in Europa. Die Betrachtungen befassen sich mit Beispielen aus den Grenzregionen zwischen Deutschland, Polen, Tschechien, Frankreich, sowie Kroatien und Bosnien-Herzegowina. Die hier veröffentlichten Beiträge vereint, dass sie sich auf politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnungs- und Grenzziehungsprozesse mit regionalem Fokus beziehen oder aus einer Grenzziehungs- und Ordnungsperspektive allgemeine, auch für die Region relevante gesellschaftliche Phänomene analysieren. Das Schwerpunktheft bietet somit Anregungen zur weiterführenden Diskussion.

Schlagnworte: Grenzforschung, Neuordnung, Corona-Virus, Grenzen und Ordnungen, Pandemie, Krise, grenzüberschreitende Kooperation, Region, Gesellschaft.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort (Peter Ulrich und Norbert Cyrus)	1.
1. Einführung	
Das Corona-Virus und die Grenzforschung (Norbert Cyrus und Peter Ulrich).....	3
2. Grenzstädte und Corona	
Corona mit Blick auf und über die Oder (Magdalena Abraham-Dieffenbach).....	8
Grenzen ziehen in Krisenzeiten – temporäre Krisengrenzen statt nationaler Staatsgrenzen (Norbert Cyrus).....	12
The German-Polish border, re-bordering and the pandemic: centers vs. peripheries? (Jarosław Jańczak)	17
The Czech-Polish border in the shadow of the pandemic (Hynek Böhm und Joanna Kurowska-Pysz).....	20
3. Gesellschaftliche Grenzziehungen und Corona	
Verstärkte Exklusion von Geflüchteten in Zeiten von Corona (Carolin Leutloff-Grandits)	24
Alltagsgrenzen und soziale Innovationen in Brandenburg während der Pandemie (Ariane Sept und Peter Ulrich).....	28
4. Politische Ordnungen und Corona	
Hilflosigkeit als Rechtfertigung – zur Pragmatik politischer Sprache im Umfeld der Grenzsicherungen im Saarland (Philipp Krämer).....	33
Grenzen überschreiten in Pandemiezeiten. Veränderungen der Mobilitätsbeziehungen zwischen der EU und den Westbalkanstaaten (Moritz Filter)	38
Die Krise als Stunde des Staates (Gangolf Hübinger).....	45

Vorwort

Peter Ulrich und Norbert Cyrus

Mit der globalen Verbreitung des Corona-Virus sind politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Grenzen und Ordnungen dynamischen Wandlungsprozessen unterworfen. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie bestehen hauptsächlich aus der Verdichtung bestehender und Ziehung neuer Grenzen. Diese Maßnahmen, die der Stabilisierung bestehender gesellschaftlicher Ordnungen dienen sollen, sind mit Eingriffen verbunden, die neue gesellschaftliche Problemlagen schaffen und gesellschaftliche Ordnungen nachhaltig verändern können. Am eindringlichsten war dies bei der materiellen Schließung politisch-territorialer Grenzen zu beobachten, z.B. an den deutsch-polnischen Grenzübergängen. Zum 25. Jahrestag des Schengener Abkommens, das die Reisefreiheit in Europa garantieren sollte, finden wir neue nationalstaatliche Grenzziehungsprozesse, die dem Ziel dienen sollen, die Ausbreitung des Corona-Virus einzudämmen. Generell sind politische Ordnungsprozesse in dieser von großer Unsicherheit geprägten Situation äußerst dynamisch und entstehen unter hohem Entscheidungsdruck. Diese Grenz- und Ordnungsprozesse werden zum Teil subsidiär umgesetzt (etwa auf Länder- und Landkreisebene) und gehen partiell mit der Begrenzung von Grundrechten und Bewegungsfreiheit einher. Auch in der Wirtschaft sind die Folgen der in der Krise ergriffenen Maßnahmen deutlich spürbar. So sind auf Grund von Einschränkungen der (grenzüberschreitenden) Mobilität von Waren, Personen, Dienstleistungen und Arbeitskräften (etwa in der Landwirtschaft

oder im Gesundheitsbereich) die routinisierten Abläufe einer globalisierten wirtschaftlichen Ordnung gestört. Mit der Einschränkung der Bewegungsfreiheit wurde der Zugang zu Arbeitsstätten, Freizeiteinrichtungen und Institutionen auch im Inland versperrt. Dabei betrafen die Beschränkungen die Menschen sehr ungleich: Beschäftigte in so genannten systemrelevanten Berufen waren aufgrund ihrer Arbeitsbedingungen zumeist einem höheren Risiko einer Infektion ausgesetzt, während sich andere durch Heimarbeit besser schützen konnten. Vor allem kleinere und mittlere Unternehmen sowie Selbstständige sind zudem auf Unterstützung durch Soforthilfen und Kurzarbeit angewiesen gewesen. Durch zügig ergriffene staatliche Maßnahmen konnten flächendeckende Insolvenzen und Massenarbeitslosigkeit bisher verhindert werden. Die Krise hat aber auch innergesellschaftliche und soziale Konflikte sichtbar gemacht: Beispiele dafür sind familiäre und soziale Problemlagen, die sich aus Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen, dem sogenannten Social Distancing, ergeben. Hier entstehen neue soziale Grenzen, die etwa bei Fragen des Zugangs zur Gesundheitsversorgung und anderer Dienstleistungen der Daseinsvorsorge (nicht zuletzt in Grenzregionen) erkennbar werden. Des Weiteren haben duale gesellschaftliche Ordnungsschemata an Relevanz gewonnen oder wurden verstärkt, etwa in der Arbeitswelt (nicht/systemrelevant) oder bei der Klassifizierung von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen (die Nicht/Abgesicherten oder Nicht/Risikogruppe).

Gleichzeitig sind aber auch neue und innovative Formen des Arbeitens, der Kooperation und der Solidarität entstanden, um auf die plötzlich auftretenden Veränderungsprozesse Antworten zu geben. Videokonferenzen, Take-Away-Services, Wohnzimmerkonzerte, Hackathons und die digitale Koordination von Gutscheine-/Spendenaktionen und Hilfeleistungen im Alltag sind einige Beispiele für einen kreativ-solidarischen Umgang mit der aktuellen Krise ist.

Als zentrale wissenschaftliche Einrichtung der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), die das Wechselverhältnis von Grenzen und Ordnungen erforscht, hat das Viadrina Center B/ORDERS IN MOTION mit dem Corona-Blog „Grenzen und Ordnungen in Bewegung in Zeiten der Corona-Krise. Analysen zu Region und Gesellschaft“ einen Anstoß und erste Anregungen zur wissenschaftlichen Reflektion und systematischen Erforschung der aktuellen gesellschaftlichen Dynamiken gegeben.

Dieses Schwerpunktheft vereint die Beiträge auf dem Corona-Blog, die seit Anfang Mai in unregelmäßigen Abständen veröffentlicht wurden. Die Beobachtungen und Überlegungen zu den Effekten der COVID-19-Pandemie auf Grenzregionen, soziale Dynamiken und Neuordnungen von Machtstrukturen entstanden im Zeitraum Mai bis September 2020 und reflektieren damit die „erste Welle“ der Pandemie in Europa. Dabei befassen sich die

Beiträge mit Beispielen aus den Grenzregionen zwischen Deutschland, Polen, Tschechien, Frankreich, sowie Kroatien und Bosnien-Herzegowina. Die hier gesammelten Beiträge vereint, dass sie sich auf politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnungs- und Grenzziehungsprozesse mit einem regionalen Fokus beziehen oder aus einer Grenzziehungs- und Ordnungsperspektive allgemeine, auch für die Region relevante gesellschaftliche Phänomene analysieren. Dabei haben zwei Fragen die Beiträge geleitet:

- Welche Grenzziehungsprozesse sowie Dynamiken der Infragestellung, Auflösung und Neu-etablierung von politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnungen sind im Zuge der Corona-Krise beobachtbar?
- Welche spezifischen Effekte und Veränderungen auf Ordnungs- und Grenzziehungsprozesse sind im Kontext der Corona-Krise in der deutsch-polnischen Grenzregion bzw. in Berlin-Brandenburg sichtbar?

Die Beiträge sind Momentaufnahmen in Zeiten dynamischer Veränderungsprozesse im Kontext der Corona-Pandemie. Daher sind die Beiträge mit dem Datum der Blogveröffentlichung versehen. Als gesellschaftsanalytische Kommentare stellen Sie eine Anregung zur weiterführenden Diskussion dar.

1. Einführung

Das Corona-Virus und die Grenzforschung

Norbert Cyrus & Peter Ulrich | Veröffentlicht am 04. Mai 2020

Diese Analyse wurde in einer englischsprachigen Version veröffentlicht: Norbert Cyrus & Peter Ulrich (2020): Shifting b/orders in times of the pandemic. Blog des SFB 1265 „Re-Figuration von Räumen“, TU Berlin

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie lassen sich auf einen großen gemeinsamen Nenner bringen: Es handelt sich um die Ziehung neuer und Verdichtung bestehender Grenzen. Zum ersten Mal wurde diese *Strategie der Begrenzungen* des Corona-Virus im chinesischen Wuhan eingesetzt. Das Verlassen und der Zugang zum Stadtgebiet wurden nur unter Einschränkungen und Kontrollen erlaubt. Im Stadtgebiet wurde die Bewegungsfreiheit der Bewohner*innen durch eine Ausgangssperre erheblich eingeschränkt und der Zugang zu Geschäften und Arbeitsstätten durch Schließungen und strikte Regeln begrenzt.

Strategie der Begrenzungen in Europa

Beobachter*innen in Deutschland fragten anfänglich, ob solche Maßnahmen nur in autoritär regierten Staaten wie China möglich sind, nicht aber in Demokratien. Doch nur kurze Zeit später beschlossen Regierungen auch in demokratisch verfassten EU-Mitgliedsstaaten eine harte Strategie der Begrenzungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie (Siehe Karte der Transfrontier Operational Mission – MOT). In Italien und Spanien wurden Ausgangsbeschränkungen nicht nur für bestimmte Städte oder Regionen verhängt, sondern sogar landesweit.

Bild 1: Quelle: Transfrontier Operational Mission (MOT), 22.April 2020: <http://www.espaces-transfrontaliers.org/en/the-mot/mot-presentation/?print=372&cHash=befed58co3776b63b1457c9bbc84929b#cg939>

Neuziehung und Verdichtung von Grenzen

Die Strategie der Begrenzungen setzt auch und insbesondere an bestehenden Grenzen an. Am deutlichsten ist dies an den Staatsgrenzen zu beobachten. Das ist nicht überraschend, denn weltweit sehen nationale Kollektive in der Staatsgrenze einen Schutz vor drohenden Gefahren von außen [1]. Die Corona-Krise verdeutlicht aber darüber hinaus: jede bestehende administrative Grenze kann zum Ort blockierender Maßnahmen werden. An der Landesgrenze zu Mecklenburg-Vorpommern wurden Reisende abgewiesen, wenn sie keinen Erstwohnsitz in dem Bundesland hatten und keinen erlaubten Grund für die Einreise angeben konnte. Auch einige Kommunen wie der brandenburgische Landkreis Ostprignitz-Ruppin verhängten Einreisesperren für Zweitwohnungsbesitzer*innen, die nach einer gerichtlichen Überprüfung aber wieder aufgehoben wurde.

Solche Maßnahmen lassen sich als Verdichtung einer Grenze beschreiben. Dabei werden einer bestehenden Grenze nicht nur zusätzliche Funktionen zugewiesen, sondern auch der Grad der Durchlässigkeit für eine oder alle Funktionen verringert.

Die Verwandlung der Stadtbrücke

An der Stadtbrücke, die Frankfurt (Oder) und Ślubice verbindet, lässt sich die Verdichtung einer Grenze gut beobachten. Mit dem 2013 vollendeten Abbau der Grenzanlagen [2] war die Durchlässigkeit (Permeabilität) der deutsch-polnischen Grenze an dieser Stelle sichtbar und materiell umgesetzt. In Reaktion auf die Corona-Pandemie führte die polnische Regierung zum 15. März 2020 für zunächst zehn Tage Personenkontrollen und Gesundheitschecks an der Grenze ein, die verlängert wurden. Ausländer*innen, die nicht in Polen dauerhaft wohnen, dürfen die Grenzen nicht überschreiten. Zurückkehrende polnische Staatsangehörige und in Polen lebende Ausländer*innen, die zurückkehren, müssen sich für 14 Tage in Quarantäne begeben. Zunächst gab es Ausnahmen für Grenzpendler*innen, die aber vorerst zum 27. März aufgehoben wurden.

Mit der erneut zugewiesenen Funktion der Personenkontrolle haben sich Erscheinungsbild und Materialität der Grenzen verändert, wie die Stadtbrücke zeigt: Aufdringliche Stoppschilder bremsen Autoverkehr und Fußgänger*innen. Absperrgitter und Dienstwagen bilden mobile Hürden. Personal von Polizei und

Grenzschutz kontrolliert den schmalen Übergang. Ein aufgebautes Quarantänezelt dient der Durchführung von Gesundheitschecks (Siehe Bild 2).

Begrenzung der Bewegungsfreiheit

In der Coronakrise wird überdeutlich, dass Grenzen mehrdimensionale, relationale und komplexe Gebilde [3] sind. Zu beobachten ist, dass räumliche Grenzlinien den Ort funktionaler Praktiken des geopolitischen, soziokulturellen, ökonomischen oder biophysischen Unterscheidens [4] bilden. In anderen Worten: Es sind diese Praktiken des Unterscheidens, die eine Linie im Raum markieren und – bei einer Institutionalisierung – zu einer Grenze machen [5].

Mit der Verhängung von Ausgangssperren und -beschränkungen wird eine Unterscheidung zwischen erlaubter und unerlaubter Bewegung vorgenommen – und damit werden der räumlichen Bewegung von Menschen Grenzen gesetzt. Personen, die möglicherweise oder nachweislich vom Corona-Virus infiziert sind oder aus einem Risikogebiet einreisen, müssen in Quarantäne und dürfen die Wohnung nicht verlassen.

In Italien und Spanien wurden landesweite strenge Ausgangssperren verhängt, nachdem lokal begrenzte Maßnahmen für Gemeinden wie Codogno in Italien und Igualada in Spanien die Ausbreitung der Pandemie nicht verhinderten. Den Bewohner*innen der von der Pandemie besonders betroffenen Gebiete war es zeitweise nur erlaubt, sich in der Nähe der eigenen Wohnung zu bewegen und dies auch nur aus einem guten Grund. An anderen Orten sind die Grenzen des Erlaubten nicht so eng gezogen, bilden aber dennoch erhebliche Einschränkungen. Als mögliche (Über-)Träger*innen des Coronavirus stehen alle Menschen unter Generalverdacht.

Verhältnismäßigkeit der Strategie der Begrenzungen

Die Strategie der Begrenzungen zielt auf eine Unterbrechung von Verbindungen ab, die in Zeiten von Corona als potentielle Übertragungsketten interpretiert werden. Die gesellschaftliche Ordnung und ihre Mitglieder sollen durch diese Unterbrechungen geschützt werden – aber vollkommen dichte Grenzen gefährden über kurz oder lang das Funktionieren und Weiterbestehen dieser gesellschaftlichen Ordnung.

Die neu gezogenen oder verdichteten Grenzen betreffen daher nicht alle Menschen gleichermaßen. Die Umsetzung der Strategie der Begrenzungen erfolgt vielmehr differenziert mit Bezug auf das Merkmal einer Systemrelevanz: Für Angehörige der als systemrelevant erachteten Berufsgruppen [6] oder Funktionsträger*innen sind einige Grenzen durchlässiger oder irrelevant. Grenzen haben – wie Georg Simmel [7] erkannte – immer zugleich Barriere- und Brückenfunktion. Die Durchlässigkeit von Grenzen ist aber nicht für alle gleich, sondern mit Bezug auf die als notwendig erachteten Bedarfe der gesellschaftlichen Funktionssysteme ausdifferenziert.

Grenzziehungen und ihre Effekte betreffen Menschen in zutiefst ungleicher Weise: Einige können im *office from home* weiterarbeiten, für andere kann das *office from home* mit kleinen Kindern zur Belastung werden. Die weniger Privilegierten müssen unter erschwerten Bedingungen weiter zur Arbeit gehen und sind einem erhöhten Risiko der Ansteckung ausgesetzt. Viele Geschäftsinhaber*innen und Selbstständige haben kein Einkommen und fürchten um ihre berufliche Existenz. Die anfänglich breite gesellschaftliche Akzeptanz der Strategie der Begrenzungen bröckelt. Die Frage der Verhältnismäßigkeit der Strategie der Begrenzungen gewinnt in dem Maße an

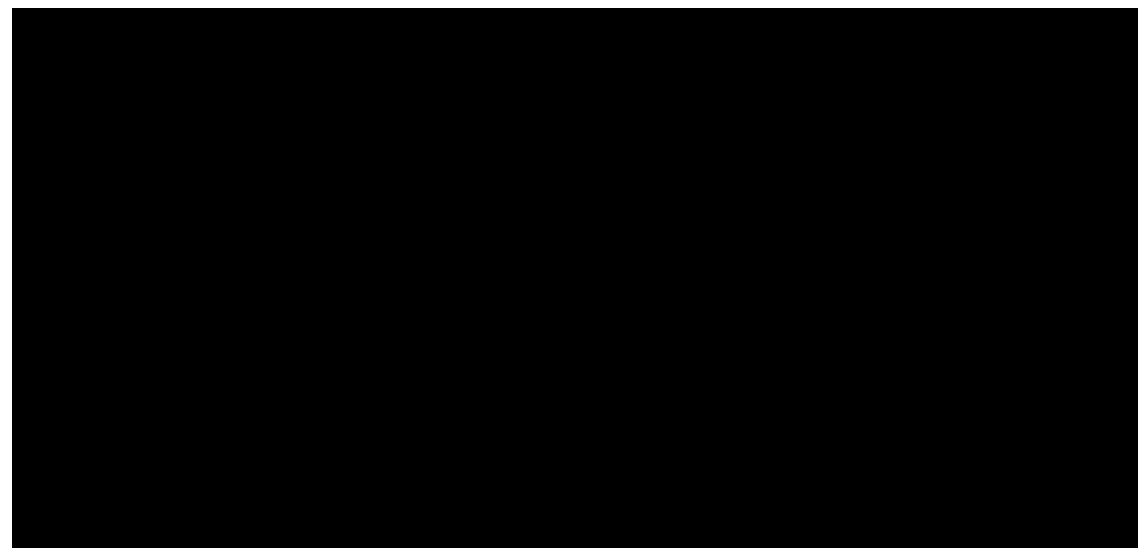


Bild 2: Aufnahme Peter Ulrich, 23. März 2020

Bedeutung, wie die nachteiligen Effekte drohen, zu irreversiblen, nicht mehr gutzumachenden Schäden zu werden.

Bröckelnde Akzeptanz für die Maßnahmen und funktionale Permeabilität der Grenze

Am 24. April 2020 forderten Bürger*innen auf beiden Seiten der Stadtbücke von Frankfurt (Oder) und Stübice mit öffentlichen Protestaktionen eine Lockerung der Beschränkungen und baldige Öffnung des Grenzübergangs. Die gemeinsame Aktion verdeutlicht, dass ein Verständnis der grenzüberschreitenden Verbindungen entlang der Oder [8] besteht und in der Krise betont wird. Aus der Perspektive der Grenzlandbewohner*innen [9] wird der Umstand, dass kommunale und regionale administrative Grenzen mit nationalstaatlicher Grenzziehung an der Oder zusammenfallen, in einem neuen Licht betrachtet. Die im Namen der nationalen Grenze vollzogenen Maßnahmen werden als unangemessen lang andauernde Unterbrechung grenzüberschreitender Verbindungen kritisiert und in wiederkehrenden Protesten angeprangert. In der Kritik scheint die Vision einer Gemeinsamkeit auf, die sich auf den regional bestehenden ökonomischen und sozialen Verflechtungszusammenhang bezieht. Die Proteste scheinen teilweise Erfolg zu haben: Zum 4.5.2020 wurde durch eine neue Anordnung des polnischen Gesundheitsministeriums die Staatsgrenze für Berufspendler*innen, Schüler*innen und Studierende wieder geöffnet und die Quarantäne-Pflicht für diese Personengruppen aufgehoben. Hier können wir wieder von einer partiellen und funktionalen Permeabilität der Grenze sprechen.

Impulse für die Grenzforschung

Dieser Blog-Beitrag sollte zunächst einmal verdeutlichen, dass die Anwendung grenztheoretischer Konzepte zum Verständnis von Prozessen des Ordnens

in Zeiten von Corona beitragen kann. Umgekehrt erweitert der Blick auf die aktuelle Situation die Wissensproduktion der Grenzforschung. Eine Strategie der Begrenzung kann wahrscheinlich durchaus Schutz bieten – aber auch erhebliche nicht beabsichtigte Schäden verursachen. Die Neuziehung und Verdichtung bestehender Grenzen können wahrscheinlich tatsächlich zur Verringerung von Risiken beitragen, es kommt aber auf den Zeitpunkt, die Dauer und die Art der Maßnahmen an – sowie auf die Wechselwirkung mit anderen Maßnahmen. Eine aktuelle, in der renommierten Zeitschrift *Science* veröffentlichte Analyse des Pandemieverlaufs [10] in Wuhan bietet Hinweise, dass eine möglichst frühe Identifizierung erkrankter Personen, Händewaschen, Selbstisolation und Haushaltsquarantäne für die Eindämmung der Pandemie wichtiger war als die Begrenzung der Mobilität. Die nationalstaatliche Grenze ist keinesfalls der einzige und nicht immer überzeugendste Ansatzpunkt für Schutzmaßnahmen. Auch andere administrative Grenzen können verdichtet werden. In praktischer Hinsicht führen die grenztheoretisch angeleiteten Überlegungen zur Reflektion der *Strategie der Begrenzungen*: Welche Grenzen sollen verdichtet werden? Für wen? In welcher Art und Weise? Für wie lange?

Alternativen in und zur Strategie der Begrenzungen

Vor allem regen die aktuellen Debatten dazu an, Alternativen zur Strategie der Begrenzungen zu formulieren. Im Fall der Corona-Pandemie handelt es sich vor allem um die Einhaltung von Hygienevorschriften, die Verfügbarkeit eines Impfstoffes oder die Entwicklung einer App zur Nachverfolgung von Ansteckungsketten. Die Untersuchung der Effektivität und Effizienz der Strategie der Begrenzung in der Corona-Krise wird der Grenzforschung weitere Impulse geben.

Mit Blick auf die Erfahrungen der Doppelstadt Frankfurt (Oder) und Stübice können wir darauf hinweisen, dass eine Verdichtung von Grenzen nicht reflexhaft allein an der nationalen Grenzlinie ansetzen muss. Vielmehr sollten Konzepte diskutiert werden, wie in Anbetracht der grenzüberschreitenden Verbindungen und Verflechtungen im Krisenfall erforderliche Verdichtung von Grenzen entlang der Ränder bestehender Verflechtungszusammenhänge, die sich über nationale Grenzen spannen, vorgenommen werden kann.

Referenzen

- [1] Brown, W. (2010). *Walled States, Waning Sovereignty*. Cambridge, Massachusetts: The MIT Press.
- [2] Urbanophil, Netzwerk für urbane Kultur: <http://www.urbanophil.net/stadtentwicklung-stadtpolitik/die-verlorene-erinnerung-der-ruckbau-der-grenz-anlage-in-frankfurt-oder/>, 30.4.2020.
- [3] Gerst, D., Klessmann, M., Krämer, H., Sienknecht, M., & Ulrich, P. (2018). Komplexe Grenzen: Perspektiven aktueller Grenzforschung. *Berliner Debatte Initial*, 1/18, S. 3–11.
- [4] Haselsberger, B. (2014). Decoding borders. *Appreciating border impacts on space and people*. *Planning Theory & Practice*, 15 (4), S. 505–526.
- [5] Cooper, A., & Perkins, C. (2012). Borders and status-functions: An institutional approach to the study of borders. *European Journal of Social Theory*, 15 (1), S. 55–71.
- [6] Koebe, J., Samtleben, C., Schrenker, A., & Zucco, A. (2020). Systemrelevant und dennoch kaum anerkannt: Das Lohn- und Prestigeniveau unverzichtbarer Berufe in Zeiten von Corona. *DIW aktuell* 28, DIW Berlin.

Dr. Norbert Cyrus ist Fellow am Viadrina Center B/ORDERS IN MOTION an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder).

Dr. des. Peter Ulrich war kommissarischer wissenschaftlicher Koordinator „Grenzforschung“ am Viadrina Center B/ORDERS IN MOTION und ist PostDoc am Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung in Erkner.

- [7] Simmel, G. (1903). *Soziologie des Raumes*, herausgegeben in *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich*, S. 27-71.
- [8] Ulrich, P. (2017). Grenzüberschreitende funktionale Kooperation im deutsch-polnischen Grenzraum am Beispiel des TransOderana EVTZ – Akteure, Strategien und Institutionen. in M. Krzymuski, P. Kubicki, & P. Ulrich (Hrsg.), *Der EVTZ als Instrument der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nationaler öffentlicher Einrichtungen in der Europäischen Union*, Baden-Baden: Nomos, S. 369-416.
- [9] Baud, M., & Van Schendel, W. (1997): *Toward a Comparative History of Borderlands*. *Journal of World History*, 8 (2), S. 211–242.
- [10] Chinazzi, M., Davis, J. T., Ajelli, M., Gioannini, C., Litvinova, M., Merler, S., Pastore y Piontti, A., Mu, K., Rossi, L., Sun, K., Viboud, C., Xiong, X., Yu, H., Halloran, M.E, Longini Jr., Ira M., & Vespignani, A. (2020). The effect of travel restrictions on the spread of the 2019 novel coronavirus (COVID-19) outbreak. *Science*, 368 (6489), S. 395-400.

2. Grenzstädte und Corona

Corona mit Blick auf und über die Oder

Magdalena Abraham-Diefenbach | Veröffentlicht am 10. Juni 2020

Das Bild reichte Charlotte Strauch (9 Jahre) aus Frankfurt (Oder) bei dem Malwettbewerb „Deine Doppelstadt-Flagge“ Ende April 2020 ein.

Die Oder und der Basar

Immer wieder kommen an die Oder, nach Frankfurt und Ślubice, Wissenschaftler*innen und Journalist*innen aus aller Welt und schauen sich jenes Gebilde an. Der Eine vergleicht gerade geteilte Städte und Grenzraumordnungen, die Andere fragt nach Änderungen der Straßennamen und lokaler Erinnerungskultur. Wenn man jeden Tag zwischen den beiden Seiten des Flusses pendelt, hier Karotten und dort Apfelsaft kauft, hier zum Zahnarzt und dort zum Friseur geht, dann werden der Blick aus der Distanz, wissenschaftliche Fragestellung und Auswertung schwierig. Es überlappen sich viele Schichten, Fragen, Ereignisse, die den Erfahrungshorizont, die Lebenswelt in einer Doppelstadt in zwei Ländern

ausmachen. Erst wenn der Fremde fragt, ist man von den eigenen Antworten oft überrascht.

So war ich auch letztens überrascht, als ich auf die Frage einer Anthropologin aus Poznań antworten sollte, was mir am interessantesten in der Grenzstadt erscheine. Die Ambivalenz bzw. das Nebeneinander des Metaphysischen und der Basarmentalität. Das Große und das Kleine treffen hier auf eine besondere Art und Weise aufeinander. Und auch Kitsch, der bei diesem Aufeinandertreffen unvermeidlich ist. Auch in der Zeit der sogenannten Corona-Krise kann man beides sehen, erfahren und spüren. Am 15. März 2020 verwandelte sich der zurzeit wenig Wasser führende Fluss wieder in eine Grenze zwischen den Welten, die die eine Seite vor dem Schlechten der anderen retten soll. Ein

riesiges Dazwischen, ein Niemandsland, das nicht zu überqueren ist.

Bei Protesten gegen die Grenzschießung am 24. April hörte man zugleich die „Ode an die Freude“ und die laute Parole „Lasst uns rein“. Der Kreisel an der Grenzbrücke auf der Ślubicer Seite wurde blockiert. Der Fluss plätschert *panta rhei*, die Füße stampfen: *Wir wollen Brot*.

Das Gefühl, gefangen zu sein

Auf einmal ist der Fluss wie ein tiefer Graben rund um eine mittelalterliche Stadt. Auch wenn in einem *Polizeiruf 110*, ausgestrahlt am 3. Mai (gedreht im November letzten Jahres in Frankfurt und in Ślubice), der verfolgte Protagonist problemlos über die Oder fliehen kann, so konnte ihm in der realen Welt von Corona kaum jemand folgen, es sei denn, er oder sie hätte sich dann in Polen für zwei Wochen in Quarantäne begeben. Für die meisten Einwohner ist der Fluss nun eine nicht überwindbare Barriere und eine in der Landschaft dominierende Wiedergabe des schwarzen Striches auf der Karte. Mit der Schließung der Grenze hat sich die Wahrnehmung des Flusses an sich verändert. Das Wasser wurde zur tatsächlichen Barriere und verstärkte das neue Gefühl, gefangen zu sein oder— in eine Stadt nicht eingelassen zu werden.

Grenze und Angst

In den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts, der Zeit der sogenannten „offenen“ Grenze zwischen der DDR und der VRP, gab es die Vielschichtigkeit der Motivationen und Interessen ebenso. Es gab Tausende polnische Berufspendler*innen, deutsch-polnische Ehen, Einkaufs-, Heimat-, und den „ganz normalen“ Tourismus. Es gab offizielle „verordnete“ Treffen verschiedener Berufsgruppen, der Pioniere und der Pfadfinder, gemeinsame Sommerfreizeiten oder Filmtage und Plakatausstellungen. Einige Deutsche sind sogar in polnische Kinos an der

Grenze gegangen, um dort amerikanische Filme zu sehen. Fast jeder konnte sich etwas aussuchen.

So wie jetzt ein Europatag von einer städtischen Institution organisiert wird, so waren es auch damals verschiedene Akademien, Filmtage, Jugendfestivals, die deutsch-polnisch oder international die politische Botschaft transportierten.

So schnell wie damals, als 1981 die DDR-Regierung aus Angst vor der polnischen Aufbruchstimmung der *Solidarność*-Bewegung die Grenze geschlossen hat, so schnell wurde die Grenze aus Angst vor der raschen Verbreitung der Corona-Pandemie durch die polnische Regierung am 15. März 2020 geschlossen. Natürlich sind die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen 1981 und 2020 völlig anders. Das genauere Hinsehen auf dieses Muster im Vergleich kann uns aber über das deutsch-polnische Verhältnis und die Funktionen der Grenze viel sagen.

Die einzigartige Dynamik

Das aufgebaute Grenzregime ist unscheinbar, zwei Zelte, ein Geländewagen, ein paar Polizisten, Grenzschießer. Ein Mann in einer Art Kosmonauten-Uniform wirkt sogar wie aus einer alten polnischen Komödie entnommen. Dahinter steht aber die Warschauer Macht und die Angst vor dem Virus.

Bald gibt es zwar Ausnahmeregelungen, Verordnungen ändern sich. Die Einwohner*innen des Grenzlandes lesen die Seite des polnischen Gesundheitsministeriums wie ein Lokalnachrichtenblatt.

Die Schließung der Grenze kann man als ein großes soziales Experiment betrachten: Was geschieht, wenn man eine zusammenwachsende Region plötzlich mit einer Linie durchtrennt? In verschiedenen Phasen des Experiments kann man die Rahmenbedingungen ändern, je nachdem welche Frage man stellt. Man kann die Situation auch ähnlich wie eine Art große Messung verstehen: was bisher unsichtbarer Teil

des Zusammenlebens war, wird nun sichtbar. Zum Beispiel, wie viele Kinder und Jugendliche auf einer Seite wohnen und auf der anderen in den Kindergarten, in die Schule gehen, studieren oder eine Ausbildung machen. Die Proteste der Eltern, die Bemühungen der Schuldirektor*innen machten sichtbar, was bisher nur in amtlichen Statistiken verzeichnet war. Die kilometerlangen Staus sind eine Visualisierung des deutsch-polnischen Verflechtungsraums. Die schnelle Infragestellung der Grenzschießung, die Proteste und die inzwischen deutliche Lockerung der Grenzsperrungen verdeutlichen, dass sich die Zeiten seit 1981 doch deutlich geändert haben und dass die Linie gegen das Geflecht auf Dauer nicht mehr zu bestehen vermag.

Der Arbeitsalltag an der Grenze

Egal, ob wir von einer Doppelstadt, einer geteilten Stadt oder von zwei Städten an der deutsch-polnischen Grenze sprechen, haben wir es mit einer städtischen Struktur zu tun, die nicht nur durch die Grenze, sondern auch andere urbane Entwicklungen und nun durch die Corona-Krise bedingt ist. Wenn man z.B. den Bereich „Arbeit“ nimmt, darf man sich nicht nur mit der Pendlerproblematik, den Auswirkungen der (teilweise) geschlossenen Grenze befassen, sondern auch allgemeine Veränderungen, die in diesem Bereich zurzeit der Krise beschleunigt werden: wie häusliche Arbeit oder Auswirkung von Abstandsregeln auf die Büroarbeit mitdenken. Wer bereits vor der Krise von zu Hause flexibel gearbeitet hat, den hat es – auch die Grenzschießung – nicht so hart getroffen wie diejenigen Personen, die es davor nicht taten, oder deren Beruf auf diese Art und Weise nicht ausgeübt werden kann. Mit dem raschen Wechsel der Arbeitsweise kam es für viele zu vielfältigen Veränderungen: der neue Arbeitsplatz, neue Kommunikationswege innerhalb der Organisation, möglicherweise ein neuer Arbeits-

rhythmus. Die Arbeit muss man nicht nur in räumlichen, sondern auch zeitlicher Dimension denken – und hier ist die individuelle Situation jeder Person, jeder Familie oder Wohngemeinschaft anders: Wie viele Kinder und in welchem Alter zu betreuen sind, wie viele ältere, kranke Mitglieder der Gemeinschaft zu pflegen sind. Wie viele krisenbedingte Probleme auftreten: vom Einkommensverlust bis hin zu Depression. All das und viel mehr erfährt eine zusätzliche Dynamik durch die gesetzlichen – und sich auch im Laufe der Zeit ändernden – Rahmen, die die Durchlässigkeit der deutsch-polnischen Grenze bestimmen.

Historische Grenzen und historische Regionen

So habe ich als Wissenschaftlerin, die im Home Office arbeiten kann, einerseits die Möglichkeit, mich von den neuen territorialen Grenzziehungen unabhängiger zu machen, allerdings um den Preis, meine Arbeit zeitlich zu entgrenzen. Als Historikerin jedoch, die mit immobilen materiellen Zeugnissen arbeitet, bin ich wieder auf die Territorialität zurückgeworfen: Zunächst konnten wir – und die Menschen, mit denen wir zusammenarbeiten, die nicht unbedingt einen Arbeitsvertrag haben, den sie an der Grenze zeigen können – drei Monate lang nicht zu unseren Untersuchungsobjekten gelangen.

Aktuell arbeite ich an einem Projekt zur Dokumentation der jüdischen Friedhöfe in der historischen Provinz Brandenburg in den Grenzen bis 1945 jenseits der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Grenze zwischen Deutschland und Polen. Zum Teil bin ich gedanklich in einer Welt, in der die deutsch-polnische Grenze woanders liegt und Frankfurt (Oder) eine Stadt auf beiden Oderseiten ist: die Synagoge steht im Zentrum von Frankfurt (Oder) und der jüdische Friedhof auf den „Judenbergen“ in der Dammvorstadt, heute Słubice. Die Beschäftigung mit

historischen Regionen und historischen Grenzen, die seit Jahrzehnten nicht mehr existieren, weckt Reflexionen über Vergänglichkeit aller Grenzen – auch den „natürlichen“, wie der große Fluss eine zu sein scheint. Und gerade die Geschichte der Juden in der brandenburgischen Provinz ist eine Geschichte der Migration und Überschreitung der Grenzen. Es ist auch eine Geschichte, die sich zwischen der Berliner Metropole und der Provinz abspielt. Heute sind die Ideen einer zusammengehörigen Region zwischen Berlin und Poznań wieder aktuell und sichtbar in den politischen Entwürfen, die die deutsch-polnische Grenze quasi verschwinden lassen. Wie wird die Krise und die Schließung der Grenze diese Ideen beeinflussen?

Offene Grenze in der Dialektik der Antworten

Die Antworten auf die Frage nach der richtigen Reaktion auf die Verbreitung der Pandemie laufen oft auf ein Entweder-Oder zu. Entweder schützen wir die Schwächeren und riskieren negative wirtschaftliche Folgen oder wir müssen einen gewissen Prozentsatz der Menschen sterben lassen, damit die Gesellschaft weiter so funktionieren kann wie bisher. Egal wie sehr man die Logik der Dichotomie in Frage stellen könnte, ist die Frage nach der Position der offenen oder geschlossenen Grenze in diesem Gefüge zu stellen. Die Schließung der Grenze gehört eindeutig zur Lock-Down-Strategie. In wie weit ist es Angst-, in wie weit Schutz-Rhetorik? In wie weit überlappen sich Grenz-Rhetorik(en) mit den Corona-Diskursen in Hinblick auf Begriffe wie Angst, Schutz, Bedrohung?

An den Grenzen treffen sich letztendlich und ganz konkret die Strategien der

Nationalstaaten im Umgang mit der Corona-Pandemie und hier wird eine gewisse Konkurrenz als Konkurrenz der Nachbarn – oder als Zusammenarbeit und Zusammenhalt – gelebt.

Keine Zeit für Fußnoten

Wichtiger als die räumliche Grenze in der Zeit der Corona-Krise scheinen mir die zeitlichen Grenzen zu sein. Als Wissenschaftlerin und Mutter von drei kleinen Kindern stoße ich jeden Tag an die Grenzen des Machbaren. Das, was vor der Zeit der geschlossenen Schulen und Kindergärten oder den für zwei Stunden pro Woche pro Kind „geöffneten“ Schulen noch machbar war, ist jetzt nicht mehr zu bewältigen. Artikel in der Nacht zu schreiben, Online-Aufgaben für Studierende vorzubereiten, Drittmittelprojekte zu koordinieren – das war davor schon schwierig, jetzt gibt es aber wirklich keine Zeit für Fußnoten.

Die zeitlichen Grenzen führen uns zu den Fragen der Aufgabenverteilung in der Gesellschaft, zu den Fragen des Zusammenhalts und der Gerechtigkeit. Aber auch zu Fragen nach neuen Strukturen, nach einem neuen Wochenplan. Was bedeuten diese Fragen an einer territorialen Grenze?

Dr. Magdalena Abraham-Diefenbach ist Akademische Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Denkmalkunde an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) sowie Vorstandsvorsitzende des Vereins Institut für angewandte Geschichte – Gesellschaft und Wissenschaft im Dialog e.V.

Grenzen ziehen in Krisenzeiten – temporäre Krisengrenzen statt nationaler Staatsgrenzen

Norbert Cyrus | Veröffentlicht am 25. Juni 2020

Eine der Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19 Pandemie war die Schließung des Grenzübergangs auf der Stadtbrücke zwischen Frankfurt (Oder) und Słubice. Als die Schließung nach etwa drei Monaten in der Nacht vom 12. auf den 13. Juni 2020 endlich aufgehoben wurde, feierten die Bewohnerinnen der Doppelstadt spontan die Wiedereröffnung auf der Stadtbrücke. Dabei vergaßen die beiden Bürgermeister der Doppelstadt alle guten Vorsätze zur Einhaltung der weiterhin bestehenden Abstandsregeln und fielen sich in die Arme [1].

Das stellt einen Kontrast zur Grenzöffnung am 8. April 1991 dar, als die Vereinbarung zur visumsfreien Einreise polnischer Bürger*innen in die damalige Europäische Gemeinschaft in Kraft getreten war. Damals waren die ersten polnischen Fahrzeuge auf der deutschen Seite der Stadtbrücke mit Hasstiraden und Steinwürfen empfangen worden [2]. Zudem ist es auch ein Kontrast zum 1. Mai 2004, als die Stadtbrücke die Bühne für den europäischen und binationalen Festakt anlässlich des Beitritts der Republik Polen zur Europäischen Union gebildet hatte, der mit europäischer und nationaler Prominenz inszeniert worden war [3].

Im Jahr 2020 sieht sich der Frankfurter Oberbürgermeister René Wilke dagegen veranlasst, eine deutliche Botschaft an die nationalen Regierungen in Berlin und Warschau zu senden: „Wir möchten das nicht noch mal erleben. Die Oder ist genauso wenig Grenze wie die Spree oder die Weichsel“ [4].

Mit dieser kontrafaktischen Aussage – die auf eine nicht unrealistische aber erst noch herzustellen politische Zukunft verweist – steht der Oberbürgermeister

von Frankfurt (Oder) längst nicht mehr alleine da. Auch in anderen Doppelstädten betonten Bürgermeister*innen und Bewohner*innen, wie wichtig und selbstverständlich die Durchlässigkeit der nationalen Grenzlinie mit der Tschechischen Republik [5], Österreich [6], Schweiz [7] [8], Frankreich [9], Luxemburg [10], Belgien [11] und Dänemark [12] für sie (geworden) ist.

Hoffentlich werden wir nie wieder getrennt

Auch Bewohner*innen von Frankfurt (Oder) und Słubice hatten in der Zeit der Corona-bedingten Grenzabschottung wiederholt – und unter Einhaltung der Abstandsregeln – gegen die Aufspaltung ihrer Städte [13] protestiert [14]. Denn für viele Menschen stellte die plötzliche Trennung der etablierten und gelebten Verbindungen eine als unnötig empfundene Zumutung und Belastung dar [15]. Schmerzhaft zu spüren war diese Grenzschießung für Schüler*innen, Studierende, Gewerbetreibende und ihre Kund*innen, aber auch für Beschäftigte, die ihren Arbeitsplatz auf der anderen Seite des Flusses nicht mehr erreichen konnten [16].

Bei der Grenzöffnung sagte René Wilke: „Hoffentlich werden wir nie wieder getrennt“ [17]. Und er fügte an: „Ich hoffe ganz stark, dass wir hier heute auch das Signal aussenden: Das dürft ihr uns nicht nochmal antun. Ich hoffe, dass das in Warschau und Berlin ankommt“ [18]. Damit dieser Wunsch aber tatsächlich in Erfüllung geht, muss die Umsetzung dieser Hoffnung auch ernsthaft weiterverfolgt werden. Es bedarf guter Argumente, um die nationalen Regierungen davon zu

überzeugen, dass es bei einer Pandemie weder nötig noch sinnvoll ist, die Doppelstadt zu spalten. Und es bedarf eines alternativen Vorschlags, wo im Falle einer Pandemie die räumlichen Grenzen für die dann als notwendig erachteten Maßnahmen temporär gezogen werden sollen.

Temporäre Krisengrenzen um Verflechtungsräume

In einem Beitrag zu diesem Blog habe ich vorgeschlagen, die temporären Krisengrenzen entlang der Ränder des Verflechtungsraums zu ziehen, den Frankfurt (Oder) und Słubice bilden [19]. Das Konzept des Verflechtungsraums, das aus der Regional- und Raumplanung stammt, hat inzwischen Eingang in politische Entscheidungsprozesse gefunden und dient als

übergeordnetes Leitbild. Am 24. März 2020 hat die brandenburgische Europa-ministerin Katrin Lange angekündigt, bis Ende 2020 eine Strategie des Landes für die weitere Entwicklung des brandenburgisch-polnischen Verflechtungsraumes zu erarbeiten.

Mit dem „gemeinsamen Zukunftskonzept 2030“ soll eine Empfehlung des 1991 gegründeten „Raumordnungsausschusses der Deutsch-Polnischen Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit“ [20] umgesetzt werden. „Das Konzept rückt die Regionen an der deutsch-polnischen Grenze, die im eigenen Land oftmals als Randgebiete wahrgenommen werden, in das Zentrum einer funktional verflochtenen, gemeinsamen Region mit großem Potenzial. Dabei geht es um die Kooperation der Metropolen dieses Raumes

Bild 1: Der deutsch-polnische Verflechtungsraum im Gemeinsamen Zukunftskonzept 2030.
Quelle: <http://www.kooperation-ohne-grenzen.de/de/zukunftskonzept>

sowie vor allem um die Nutzung von Impulsen aus diesen Metropolen für die Entwicklung der weitgehend ländlich geprägten Räume dazwischen“ [21]. Das Gemeinsame Zukunftskonzept 2030 versteht unter dem deutsch-polnischen Verflechtungsraum allerdings ein sehr weites Gebiet, das von Wrocław bis Rostock und Koszalin bis Leipzig reicht (siehe Bild 1).

Nach den aktuellen Erfahrungen der Pandemie sollten auch die Planung und Umsetzung der Maßnahmen zum grenzüberschreitenden Katastrophen- und Pandemiemanagement in das gemeinsame Zukunftskonzept 2030 aufgenommen und auf die lokale Ebene der Doppelstädte heruntergebrochen

werden [22]. Nur so lässt sich sicherstellen, dass die Doppelstädte entlang der Oder im Falle erneuter Krisenlagen nicht wieder unnötig getrennt werden.

Lokale Maßnahmenräume

Dazu sollten lokale Maßnahmenräume unabhängig von administrativen Grenzen auf nationaler, föderaler oder kommunaler Ebene bestimmt werden. Dieser Ansatz entspricht der aktuellen politischen Entwicklung, die Entscheidung über die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie auf die kommunale Ebene von Städten und Landkreisen zu verlagern [23]. Es wäre dabei allerdings prinzipiell zweckmäßig, zur Festlegung des Gebietes,

in dem jeweils die Entscheidungen über Infektionsschutzmaßnahmen gelten, von tatsächlich bestehenden Verflechtungen auszugehen bzw. darauf aufzubauen. Dass so ein funktional orientiertes Raumverständnis möglich und sinnvoll ist, zeigt das Beispiel des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Die Karte der Tarifzonen der Stadtverkehrsgesellschaft mbH Frankfurt (Oder) visualisiert die Zusammengehörigkeit von Stübice und Frankfurt (Oder) (siehe Bild 2).

Genauer zu bestimmen wäre dann aber, wo die Ränder eines Maßnahmenraumes genau verlaufen. Dazu könnte man sich an bereits bestehende Verfahren orientieren, die zum Beispiel in der Regionalplanung zur Bestimmung von Pendlerverflechtungsräumen angewandt werden: Dabei werden Pendlerbewegungen der sozialversicherungspflichtig versicherten Beschäftigten zwischen Wohnort und Arbeitsort, aber auch Kundenströme in Geschäfte und Kultureinrichtungen gemessen [24].

Flexible Krisengrenzen statt Verdichtung nationaler Grenzen

Um zukünftige unnötige Spaltungen einer Doppelstadt zu vermeiden, ist es einerseits erforderlich, dass die jeweiligen nationalen Regierungen den politischen Repräsentationen von Verflechtungsräumen die Kompetenz zur Etablierung eines gemeinsamen grenzüberschreitenden Maßnahmenraums für einen Krisenfall rechtlich zugestehen und dann

auch akzeptieren. Ein Weg zur Ermöglichung eines gemeinsamen Krisen- und Pandemiemanagements in Grenzregionen könnte die Anwendung europäischer Rechtsinstrumente sein [25].

Auf Seiten der zuständigen, politisch verantwortlichen Instanzen auf kommunaler Ebene wiederum braucht es den Willen und die Bereitschaft, sich beim Infektionsschutz verbindlich abzustimmen. Auf dieser Basis könnte dann ein gemeinsamer Infektionsschutzplan entworfen werden, der eine harte Trennung der Bewohner*innen entlang der nationalen Grenze vermeidet. Die Ausarbeitung des gemeinsamen Infektionsschutzplanes würde dann auf Grundlage aktueller epidemiologischer und hygienischer Erkenntnisse und der Besonderheiten der grenzüberschreitenden Verflechtung erfolgen und laufend aktualisiert.

In der Corona-Krise scheint vielen Bewohner*innen in Grenzregionen vielleicht zum ersten Mal wirklich bewusst geworden zu sein, wie wertvoll und selbstverständlich offene Grenzen für ihre Lebensgestaltung sind. Diese Erfahrungen sollten der weiteren institutionellen Gestaltung grenzüberschreitender Verflechtungsräume Orientierung und Antrieb geben.

Dr. Norbert Cyrus ist Fellow am Viadrina Center B/ORDERS IN MOTION an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder).

Referenzen

[1] <https://www.rbb24.de/studiofrankfurt/panorama/2020/06/corona-polen-grenze-lockerung-frankfurt.html>, 25.6.2020.

[2] <https://www.mdr.de/heute-im-osten/video-22224.html>, 25.6.2020.

[3] https://www.europa-uni.de/de/struktur/unileitung/pressestelle/mitschrift/uni_on/Uni_on_43.pdf, 25.6.2020.

[4] <https://www.rbb24.de/studiofrankfurt/panorama/2020/06/corona-polen-grenze-lockerung-frankfurt.html>, 25.6.2020.

Bild 2: Tarifzonen der Stadtverkehrsgesellschaft mbH Frankfurt (Oder), Quelle: <http://www.svf-ffo.de>

- [5] <https://deutsch.radio.cz/tschechische-berufspendler-protestieren-grenze-zu-deutschland-8103065>, 25.6.2020.
- [6] <https://www.spiegel.de/politik/ausland/corona-krise-die-probleme-zweier-grenz-buergermeister-a-4531a26e-693d-42f2-b4f9-84dcf71e094a>, 25.6.2020.
- [7] <https://www.suedkurier.de/baden-wuerttemberg/druck-auf-seehofer-waechst-weiter-15-buergermeister-aus-suedbaden-fordern-die-sofortige-grenzoeffnung;art417930,10508480>, 25.6.2020.
- [8] <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/friedrichshafen/buergermeister-werten-grenzzaun-als-fehler-100.html>, 25.6.2020.
- [9] <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.coronavirus-in-baden-wuerttemberg-buergermeister-fordern-grenzoeffnungen-zur-schweiz-und-frankreich.78daeo4f-67ef-43eb-bfc8-e298e78bb9e3.html>, 25.6.2020.
- [10] https://www.saarbruecker-zeitung.de/saarland/merzig-wadern/perl/corona-krise-buergermeister-von-perl-hofft-auf-schnelle-oeffnung-der-grenzen_aid-50201553, 25.6.2020.
- [11] <https://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/proteste-grenzkontrollen-belgien-100.html>, 25.6.2020.
- [12] <https://www.nordschleswiger.dk/de/nordschleswig-tondern/oeffnet-grenze-hupkonzert-politiker-wachruetteln>, 25.6.2020.
- [13] https://www.rbb24.de/studiofrankfurt/panorama/coronavirus/beitraege_neu/2020/04/protestveranstaltungen-polnisch-deutsche-grenze.html, 25.6.2020.
- [14] <https://www.moz.de/landkreise/oder-spreewald/frankfurt-oder/artikel9/dg/o/1/1799500/>, 25.6.2020.
- [15] <https://bordersinmotion-coronablog.com/2020/06/09/the-german-polish-border-re-bordering-and-the-pandemic-centers-vs-peripheries/>, 25.6.2020.
- [16] <https://bordersinmotion-coronablog.com/2020/06/10/corona-mit-blick-auf-und-uber-die-oder/>, 25.6.2020.
- [17] <https://www.moz.de/landkreise/oder-spreewald/frankfurt-oder/artikel9/dg/o/1/1808602/>, 25.6.2020.
- [18] <https://www.rbb24.de/studiofrankfurt/panorama/2020/06/corona-polen-grenze-lockerung-frankfurt.html>, 25.6.2020.
- [19] <https://bordersinmotion-coronablog.com/2020/05/04/das-corona-virus-und-die-grenzforschung/>, 25.6.2020.
- [20] <https://www.kooperation-ohne-grenzen.de/de/>, 25.6.2020.
https://www.europa.uni.de/de/forschung/institut/institut_europastudien/covid19-blog4/index.html, 25.6.2020.
- [21] <https://mdfe.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.662241.de>, 25.6.2020.
- [22] <https://www.kooperation-ohne-grenzen.de/de/instrumente-der-kooperation/doppelstaedte/>, 25.6.2020.
- [23] https://www.focus.de/politik/deutschland/beschluss-von-bund-und-laendern-lockdown-ab-50-neuinfektionen-welche-landkreise-die-corona-grenze-durchbrechen_id_11959966.html, 25.6.2020.
- [24] https://archive.vn/20130412065129/http://www.bbsr.bund.de/cln_032/nn_1067638/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/Gro_C3_9Fstadtregionen/Gro_C3_9Fstadtregionen2010.html, 25.6.2020.
- [25] <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/LSU/?uri=CELEX:32006R1082>, 25.6.2020.

The German-Polish border, re-bordering and the pandemic: centers vs. peripheries?

Jarosław Jańczak | Veröffentlicht am 09. Juni 2020

This analysis was published in developed version as: Jarosław Jańczak (2020): Re-bordering in the EU under Covid-19 in the First Half of 2020: a Lesson for Northeast Asia?, „Eurasia Border Review“ Vol. 11.

Borders are in constant motion and are the objects of never-ending ordering. The same also – or especially – applies to the internal borders of the EU. This has been rather dramatically demonstrated (and painfully for many individuals) by the recent massive (re-)bordering caused by the Covid-19 pandemic [1], affecting, among others, the German-Polish border – a line that only three months ago was considered just another European integration “boring” location whose key problems had been overcome and were a thing of the past.

Covid-19 and re-bordering of the German-Polish border

But how has the current pandemic affected the border? Covid-19, like most of the material and non-material elements shaping Polish reality over the centuries, entered Poland from Germany. The Polish “patient zero,” living near Słubice, returned from a family visit across the western border (celebrating carnival in the district of Heinsberg) at the beginning of March. Eleven days later, the Polish government, after introducing the state of epidemic risk, practically closed the border, suspending passenger train and bus connections between both states and limiting the number of crossing points to six which were available for private cars, and leaving some others open for pedestrians. This immediately resulted in enormous traffic jams on the highways and queues of Poles trying to enter Poland on foot, as was seen on the bridge

between Frankfurt (Oder) and Słubice. The protests of lorry drivers and local inhabitants resulted in more crossing points being opened and simplified border formalities.

The real problem for the border actors started, however, when on March 27, 2020 the Polish government banned border crossings, requiring a 14-day quarantine for returnees, including cross-border commuters [2]. This has heavily affected the local cross-border economy – especially shopping and services and, more importantly, labor relations. About 150,000 Poles working on the German side of the border, and numerous enterprises employing them, were cut off from each other. The German regional authorities reacted to the problem immediately, by offering financial assistance to Poles in order to encourage them to stay on the German side. However, high levels of uncertainty about further developments made most of them stay on the Polish side. The quarantine provisions introduced in Germany on April 10 excluded border commuters from this obligation. The end of the month saw massive protests of Polish cross-border commuters against the *de facto* closed border [3], which undermined their material existence [4]. Their voice was supported by the regional-level leaders of the German *Bundesländer* petitioning the Polish government. Eventually, on May 4, the Polish government decided to abolish the quarantine for cross-border commuters, thereby defusing the atmosphere.

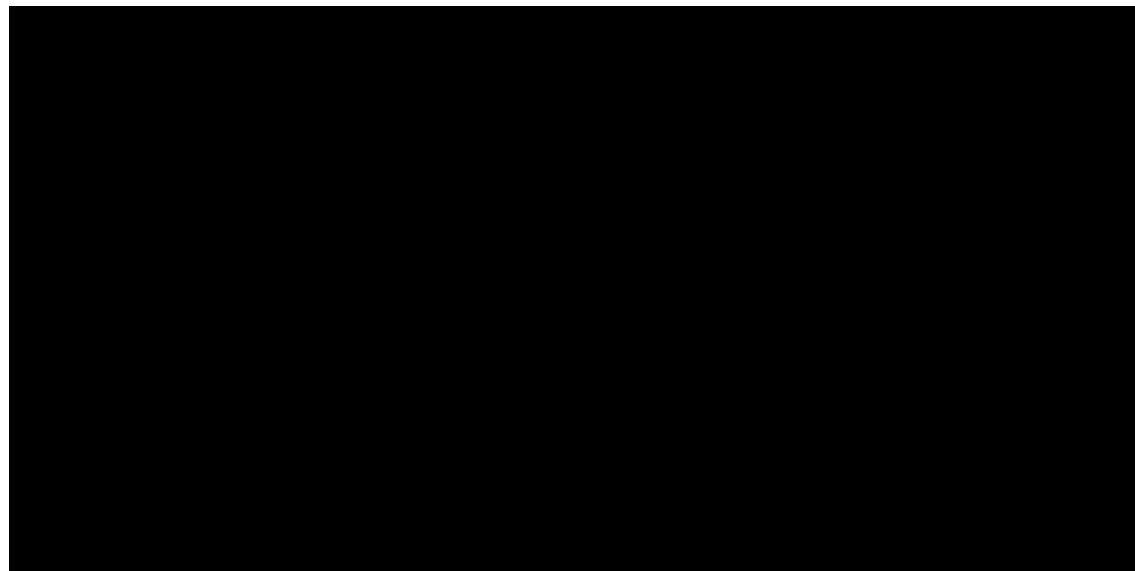


Figure: Protesters near the border bridge, Stubice, Poland; source: Marcin Krzymuski

Borderland(ers) vs. national center(s)?

The above developments inspire several interesting questions regarding the German-Polish border.

Firstly, about its *liminality* (understood as a state of transition and “in-between” space)[5]: where and how does it manifest itself? The most affected victims of the sudden pandemic re-bordering were the cross-border commuters and enterprises. This made the economic ties (and not cultural, identity, or cultural ones) across the border the key indicator of what the “third space” on the German-Polish border is. Long-lasting efforts to create a cross-border community based on mutual knowledge and understanding – as present in EU programs and postulated by academics in constructivist logics – did not result in visible effects under the circumstances of the crisis. The actors involved in functional cross-border interactions were the most vocal in the attempts to overcome the sudden and unexpected isolation. When observing the reaction to the border closing, and asking if there is a cross-border community, the answer would be – yes, there is one. But it is first of all a community of (economic) interests, not a community of territorial cross-border identity.

Secondly, about the *permeability* of the borders: who negotiates and decides, and how? During the crisis, the Polish central authorities used border closing as a tool of protection. Exclusive territorial control served as both a practical and symbolic instrument of taking responsibility and the lead in overcoming the epidemic crisis. But the Polish commuters were the most active actors in opposing the central decisions, alongside the German regional authorities that actively proposed and implemented solutions enabling Polish labor to remain on the German labor market. Local Polish and regional German actors managed to influence the central institutions and increased their sensitivity to the problems of the peripheries, embodying a form of multi-level governance in its (asymmetric) cross-border form. Still, the argument related to economic stagnation seemed to be the most persuasive.

Thirdly, about the *durability* of the border: what is the real and current purpose of borders in state structures? At the time of the corona-crisis it was, at least in Warsaw, a power-territory vision of central control over space that clashed with functionally oriented arguments, which could be reduced to economic activities determining the satisfaction of basic needs.

Market forces, (re)integrated borderland and lesson for the future

The pandemic is still affecting cross-border life on the German-Polish border. One of the realistic scenarios is that it may, together with a second wave (or later waves), cause further problems in the future. The question is what the current situation reveals about the border and cross-border cooperation on the German-Polish border, and whether its alternative shaping should be proposed. It seems that market forces are the most dominant in creating the cross-border reality as well as (neo)functional links operating as cross-border fibers linking both sides. On the one hand, this is not what many cross-border cooperation supporters or scholars observing this border dream about, but this is possibly the firmest base that has been created over the last three decades, which should be more appreciated as an achievement. Moreover, the border itself is much more sensitive

than expected. The long-lasting stability and one-dimensional perception of integration processes (although undermined by border restrictions during the immigration crisis or Brexit) had eliminated hard re-bordering from realistic scenarios in the minds of most of the borderlanders. Finally, border areas need to be more vocal in articulating their interest *vis-à-vis* central authorities. Their future activities will determine whether they become an element of multi-level governance in its cross-border form, or whether they end up (again) as the interface of the state, with their main role being to protect the mainland.

Prof. UAM, dr hab. Jarosław Jańczak, researcher in the Department of European Studies of Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder), Germany and at the Faculty of Political Science and Journalism, Adam Mickiewicz University, Poznań, Poland.

References

- [1] Ayelet Shachar (2020), Borders in the Time of COVID-19, “Ethics and International Affairs”, March.
- [2] Christian Bangel, Christian Vooren, Erinnerung an dunkle Zeiten, “Zeit”, 11.04.2020.
- [3] Filip Ziarek, Koronawirus. Nie pomogły protesty na granicy, rząd przedłuża obowiązek kwarantanny „do odwołania”, „Gazeta Wyborcza”, 27.04.2020.
- [4] France 24, 28.04.2020 – video material: <https://www.france24.com/en/video/20200428-polish-workers-demand-borders-re-open>
- [5] Werner Schiffauer, Jochen Koch, Andreas Reckwitz, Kerstin Schoor, Hannes Krämer (2018), Borders in Motion: Durabilität, Permeabilität, Liminalität, Working Paper Series B/ORDERS IN MOTION Nr. 1, Frankfurt (Oder): Viadrina, doi:10.11584/B-ORDERS.1.

The Czech-Polish border in the shadow of the pandemic

Hynek Böhm & Joanna Kurowska-Pysz | Veröffentlicht am 22. Mai 2020

On March 5, 2020 both authors of this contribution co-organised a major interOn

Figure: Olza River and Czech-Polish border in Cieszyn/Český Těšín, photo: Peter Ulrich, March 5, 2020

On March 5, 2020 both authors of this contribution co-organised a major international meeting on both sides of the well-known double town of Cieszyn/Český Těšín – on the Polish and the Czech side. Within the framework of the ‘Europe for Citizens’ programme we discussed issues linked to cross-border identity within a united Europe. The participants from the Polish-Czech borderlands and from other European border regions (also a researcher of the Viadrina Center B/ORDERS IN MOTION and therefore from the German-Polish border was present) – in total from eleven countries – shared their ideas, fears and proposals for the future of Europe. They arrived, discussed and departed without any problems but they were not aware of the fact that in a few days the borders would be closed.

The event took place in a symbolic location. Cieszyn/Český Těšín is one of the cross-border towns which started to function as an organism thanks to the process of cross-border cooperation. This was possible due to the EU integration process, Schengen area and European Single Market. It has

resulted in a massive cross-border flow of people, goods, services and capital. It has created a cross-border labour market, cross-border entrepreneurship and it has promoted social relations between people from both sides of the border. It has started cross-border friendships and even marriages.

The event itself took place in the very beginning of COVID-19 crisis. Ten days after the event, cross-border relations between the Czech Republic and Poland were stopped rapidly. The above-mentioned flow was suspended. Both governments – as the vast majority of European governments – reacted by applying measures based on massive re-bordering. Most of these bordering actions were based on the framework of social distancing and carried out within strictly national orders and contradicted steps desired by the European institutions [1]. These border closures occurred mostly with the support of most of the public in the EU states [2]. Most of the citizens have accepted the necessity to close the border due to public health reasons.

After two months it seems that the further prosperous development of border regions has been brutally challenged by the COVID-19 outbreak. The epidemic danger caused the closure of the Schengen area and endangered the order of free European movement. Moreover, it imposed physical barriers on the EU internal borders. This made cross-border cooperation physically impossible or at least very difficult to implement. Everyday lives of cross-border commuters changed. Before this, they normally crossed the border to work on the other side daily or weekly without any problem.

In the last weeks many of them lost their jobs, as a consequence of the imposed quarantine after crossing the border or as a result of the cross-border entrepreneurship crisis. Many companies, depending on these cross-border works, were forced to close – either temporarily or permanently. For many of them the real disaster was the necessity to choose – if they want to stay with families on one side or if they want to go to work on the other side of the border. These dramatic circumstances resulted in family split ups or economic precarious situations. We might experience a sort of pandemic adjustment, with different consequences for European citizens. It seems borders are making a temporary comeback affecting everyone directly but not all equally [2].

Public and non-profit operating actors from border regions have benefited from five generations of INTERREG programmes, which have supported cross-border cooperation projects based on joint initiatives of partners from (at least) both sides of the border. The implementation of these programmes and concrete projects has been suspended as a COVID-19 consequence and caused major difficulties for relevant stakeholders. Formally the cross-border projects and other initiatives have not been stopped but in fact they have been limited only to online cooperation. Although this sudden closure of borders brought along many complications and

problems, it also highlighted an existing cross-border solidarity on both sides of the border. We could observe gestures of cross-border friendship and sympathies since the beginning of the COVID-19 crisis. The real European cross-border partnership was clearly visible in the case of Germans helping their French neighbours with healthcare provision. It happened when the French system was overloaded and failed to provide services of the appropriate quality. The next, subtler gesture of solidarity of borderland citizens was the case of Český Těšín /Cieszyn similar to the initiatives in the German-Polish double city of Frankfurt (Oder) – Słubice. When the mutual visits on both sides of the Polish-Czech border were forbidden, citizens of Cieszyn and Český Těšín demonstrated their solidarity to each other by hanging banners on both Olza river banks. The messages on the banners were: “Czech people we miss you” on the Polish bank whilst on the other side it was written: “Polish people we miss you”. It showed the real essence of Polish-Czech cross-border cooperation which is based also on social relations and not only on business and labour market relations. It was a moment when both neighbouring nations understood that the mutual efforts focused on cross-border cooperation strengthening were efficient and they created a real cross-border community. We could even observe cross-border marriage proposals posted on banners installed on the Czech side of the border river Olza. Moreover, Czech-Polish songs calling for the border removal were composed [3].

The Český Těšín / Cieszyn inhabitants realised very quickly how fast the COVID-19 crisis could affect the previously achieved results of cross-border cooperation in many fields. They started to strike against the border closure and thanks to the support from the Euroregion Těšín/Cieszyn Silesia they put pressure on the Polish government to ease the restrictions at the Czech-Polish border. Due to their activities, after some weeks the

Picture 2: Czech-Polish border; view from Český Těšín on Cieszyn before Corona border crisis, photo: Peter Ulrich, March 5, 2020

border was opened again for Polish and Czech people who would like to cross the Olza river and go to the other border side to work, to schools or visit families. Of course, there are still many social restrictions but cross-border cooperation – yet on a limited scope – started again. Thanks to the mobilization of the borderland citizens this grassroots cross-border citizen movement (similar to the case in Frankfurt [Oder] – Słubice) was able to inspire the government to soften their decision and it showed how strong the Polish-Czech cross-border relations are. It should be underlined that the Euroregions and other CBC

entities helped cross-border commuters, as they helped to ease the application of obligatory quarantine requests imposed by the Polish government for cross-border commuters. The crisis showed that the Czech-Polish cross-border labour market is surprisingly resilient and at the same time it demonstrated that the Euroregions and other CBC entities can play an important role in cross-border issues management. They provided assistance in a very difficult COVID-19 crisis time so that shows that they have competencies with regard to borderland management and they really feel this spirit.

Dr. Hynek Böhm, researcher at the institute of political science of the University of Opole and at the department of geography of the Technical University of Liberec.

Dr. hab. Joanna Kurowska-Pysz, researcher at the research institute on territorial and inter-organizational cooperation, WSB University in Dąbrowa Górnicza.

References

[1] Brunet-Jailly, E., Vallet, E. (2020), COVID-19 and Border. Available from: <https://ca.bbcollab.com/collab/ui/session/playlist>, accessed 22 April 2020.

[2] Calzada, I. (2020), Will Covid-19 be the end of the global citizen? Apolitical. Retrieved from: https://apolitical.co/en/solution_article/will-covid-19-be-the-end-of-the-global-citizen DOI: 10.13140/RG.2.2.11942.27208/1., accessed 22 April 2020.

[3] <https://polar.cz/zpravy/moravskoslezsky-kraj/cely-ms-kraj/11000019758/videoklip-polakum-i-cechum-se-po-sobe-stale-styska-nazpivali-spolecnou-pisen>, accessed 22 April 2020.

3. Gesellschaftliche Grenzziehungen und Corona

Verstärkte Exklusion von Geflüchteten in Zeiten von Corona

Carolin Leutloff-Grandits | Veröffentlicht am 18. Juni 2020

Die „Corona-Krise“ hat innerhalb der EU zu weitgehenden Schließungen von Staatsgrenzen geführt. Gleichzeitig gab und gibt es durch die Corona-Krise und den damit verbundenen Lock-Down des gesellschaftlichen Lebens eine unübersichtliche Anzahl interner Grenzziehungen und Exklusionen. Denn auch wenn die Gefahr, sich mit dem Virus anzustecken oder potentiell ein Überträger der Krankheit zu sein, jeden trifft und dies den Anschein erweckt, wir seien vor Corona „alle gleich“, wirkt sich die Bedrohung durch den Virus und der damit verbundene gesellschaftliche Lock-Down auf gesellschaftliche Teilgruppen ganz unterschiedlich aus. Differenzierungen ergeben sich entlang des Alters und Gesundheitszustandes, der Berufsgruppe, Familien- und Wohnsituation, oder auch aufgrund des Aufenthaltsstatus. Eine Gruppierung, die in besonderem Maße von der Corona-Krise und den damit einhergehenden Schließungen der Staatsgrenzen, und dem gesellschaftlichen Lock-Down betroffen ist, sind Geflüchtete. Ein Blick auf die Situation von Geflüchteten in Zeiten von Corona zeigt, dass sie auf verfestigte Grenzen treffen, die zu verstärkten räumlichen, sozialen und temporalen Exklusionen aus der Gesellschaft führen [1].

Verstärkte Push Backs von Geflüchteten an EU-Außengrenzen und sinkende Asylzahlen in Deutschland

Zum einen haben die Corona-bedingten Schließungen der Staatsgrenzen die Durchlässigkeit dieser in Bezug auf Asilmigration verringert und zu härteren Maßnahmen gegenüber undokumentierten Grenzübertritten geführt. Auch wenn Asylbewerber*innen bei einem Grenzübertritt an den EU-Außengrenzen

zumindest offiziell nicht abgewiesen und zurückgeschickt werden sollen, zeigen Berichte über brutale Push-Backs an der türkisch-griechischen Landesgrenze wie auch an der kroatisch-bosnischen Grenze – beides EU-Außengrenzen – eine andere Realität [2]. So verwundert es nicht, dass seit Beginn der Grenzschließung deutlich weniger Geflüchtete in Deutschland registriert wurden. Seit Beginn der Grenzkontrollen am 16. März bis zum 12. April registrierte die Bundespolizei nur insgesamt 45 Menschen, die bei der Einreise um Asyl baten, während im Januar, also vor der Corona-Krise, insgesamt 671 Asylsuchende registriert wurden [3]. Gleichzeitig sank die Anzahl der beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eingereichten Asylanträge im April 2020 auf die Hälfte des Wertes im gegenüber dem Vorjahresmonat, und um 28 Prozent gegenüber dem Monat März – nicht zuletzt da das BAMF seinen Betrieb zeitweise weitgehend eingestellt hat. Anträge wurden (und werden) nur verzögert bearbeitet [4].

Gemeinschaftsunterkünfte als Orte der Exklusion und des Ausnahmezustands

Aber auch Geflüchtete, die schon in Deutschland registriert sind und sich im laufenden Asylverfahren befinden, sind von Corona und dem Lock-Down im besonderen Maße betroffen. In Gemeinschaftsunterkünften und Erstaufnahmeeinrichtungen, in denen allein in Berlin ca. 20.000 Geflüchtete wohnen, können Hygiene- und Abstandsregeln oft aufgrund von Mehrbettzimmern und gemeinschaftlich genutzten sanitären Anlagen und Küchen nicht eingehalten werden [5]. Dadurch sind Bewohner*innen einem

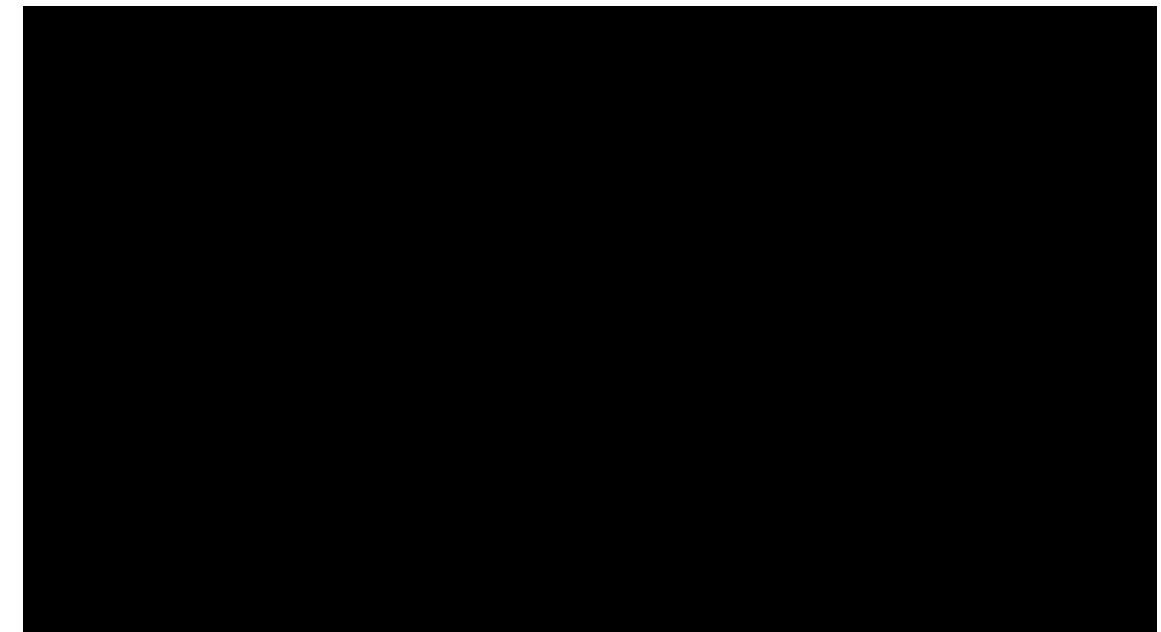


Bild: Aufnahme: Carolin Leutloff-Grandits

erhöhten Ansteckungsrisiko ausgesetzt. Es ist daher nicht überraschend, dass sich in diversen Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete gleich ein bedeutender Teil der Bewohner*innen angesteckt hatten – so Anfang Mai im brandenburgischen Hennigsdorf, wo in einer mit 400 Personen belegten Unterkunft bei 216 Personen der Corona-Virus festgestellt wurde [6], oder jüngst in einer mit 407 Menschen belegten Unterkunft im Berliner Stadtteil Buch, indem 28 Infizierte verzeichnet wurden [7]. In Unterkünften, in denen Corona-Fälle registriert wurden, gelten für alle Bewohner*innen strenge Quarantäne-Maßnahmen, so dass sie sich in den Gemeinschaftsunterkünften eingeschlossen und abgeschnitten fühlen [8]. In Hennigsdorf kam es hier sogar zu Ketten-Quarantäne-Verordnungen, durch welche Bewohner*innen ihre Unterkunft für bis zu sechs Wochen nicht verlassen durften [9]. Wie von Giorgi Agamben [10] beschrieben, werden Flüchtlingsunterkünfte zunehmend zu einem Raum des Ausnahmezustands und der räumlichen Exklusion. Die Forderung, dass zumindest Personen aus Risikogruppen aus den Gemeinschaftsunterkünften ausziehen können, um sich angemessen vor Corona schützen, wurde bis heute nur teilweise

umgesetzt. Stattdessen sollten in Berlin mit Corona infizierte Geflüchtete in speziellen Sammelunterkünften isoliert werden [11].

Zunehmender gesellschaftlicher Ausschluss Geflüchteter

Gleichzeitig werden Geflüchtete auch durch Maßnahmen des gesellschaftlichen Lock-Downs vermehrt aus dem gesellschaftlichen Leben exkludiert – und dies obwohl der Staat von Migrant*innen zunehmend sogenannte individuell zu erbringende „Integrationsleistungen“ einfordert, um den Aufenthaltsstatus zu verfestigen [12]. Seit der Schließung von Schulen und Kindergärten haben viele geflüchtete Kinder keinen oder kaum mehr Kontakt zur Mehrheitsgesellschaft und sind aus ihrem deutschsprachigen Umfeld herausgerissen. Eltern können bei Schulaufgaben oft wenig helfen, in Gemeinschaftsunterkünften gibt es kaum Rückzugsräume für Home-Schooling und z.T. mangelt es an Zugang zum Internet und digitalen Medien. Aber auch für geflüchtete Erwachsene stellt sich der Besuch von Deutschkursen oder die Aufnahme oder Weiterführung einer Lohnarbeit im Moment als sehr schwierig

dar. Da Besucher*innen und Ehrenamtliche zum Schutz vor einer möglichen Einschleppung des Virus die Gemeinschaftsunterkünfte nicht mehr betreten dürfen, verstärkt dies den gesellschaftlichen Ausschluss Geflüchteter, zumal z.T. Hausaufgabenbetreuung oder auch Sprachkurse und Hilfsstellungen bei bürokratischen Belangen, welche Ehrenamtliche anbieten, oft wegfallen. Auch wenn zivilgesellschaftliche Solidarnetzwerke versuchen, diesen Problemlagen durch digitale Hilfsangebote entgegenzutreten, führt der Lock-Down oft zu einem Stillstand oder sogar einem Rückschritt in Bezug auf Deutschkenntnisse oder auf die Integration in den Arbeitsmarkt. Dies kann sich für einzelne Geflüchtete wiederum negativ auf die Verfestigung des Aufenthaltsstatus auswirken.

Keine Öffnung des Arbeitsmarktes gegenüber Asylbewerber*innen

Der von einigen Politikern kurz nach dem Lock-Down vorgebrachte Vorschlag, die im laufenden Asylverfahren befindlichen Geflüchteten als Erntehelfer*innen einzusetzen, hätte zumindest vordergründig eine partielle Arbeitsmarktintegration ermöglicht. Dieser Vorschlag wurde allerdings u.a. vom bayrischen Flüchtlingsrat kritisiert, da sich die Arbeitserlaubnis nur auf die saisonale Erntearbeit bezogen hätte [13]. Eine allgemeine Arbeitserlaubnis für Asylbewerber*innen wurde von der Bundesregierung abgelehnt, da man befürchtete, dass dann möglicherweise auch Menschen ohne legitimen Fluchtgrund das Recht auf Arbeit erhalten. Die Politik hat daher den aus dem EU-Ausland kommenden, schon bewährten Saisonarbeiter*innen den Vorzug gegeben – auch wenn dafür die geschlossenen Staatsgrenzen partiell geöffnet werden mussten. Während diese Migrant*innen eingeflogen werden, um die deutsche Wirtschaft und damit das gesellschaftliche System zu stützen, bleiben viele der in Deutschland lebenden Geflüchteten für die Gesellschaft „wertlos“ – zumindest

was ihre Verwertung für den Arbeitsmarkt angeht. Dies könnte man – nach Norbert Cyrus und Dita Vogel – auch als „non-integration policy“ gegenüber Geflüchteten bezeichnen [14].

Quo vadis? Verstärkung der Exklusion Geflüchteter oder Inklusion durch Gegenmaßnahmen?

Wenn wir aus einer Grenz- und Ordnungsperspektive auf die Situation von Geflüchteten in Zeiten von Corona blicken, ist also feststellbar, dass Corona die teilweise schlechten Wohn- und Arbeitsbedingungen von Migrant*innen wie auch ihre soziale und räumliche Marginalisierung innerhalb der deutschen Gesellschaft verstärkt. Für Geflüchtete verfestigen sich zur Zeit die inneren Barrieren, auf die sie in Deutschland treffen, auch wenn sie die Staatsgrenzen längst überwunden haben. Durch den gesellschaftlichen Lock-Down haben sich aber auch gesamtgesellschaftliche Realitäten bedeutend verändert: die wirtschaftliche Rezession und der damit verbundene Anstieg der Arbeitslosenquote [15] wird Konkurrenz um Arbeitsplätze und um soziale Leistungen verstärken. Migrant*innen geraten hier schnell ins Visier rechter Parteien, die den Kampf entlang von Grenzlinien der nationalen Zugehörigkeit und des kulturellen *Othering* austragen. Um dieser Dynamik entgegenzusteuern, braucht es kreative Maßnahmen und öffentliches Interesse. Es ist Aufgabe der Gesellschaft und der Politik, Geflüchteten die Möglichkeit zu eröffnen, sich angemessen vor Corona zu schützen und sich gleichzeitig in das gesellschaftliche System zu integrieren.

PD. Dr. Carolin Leutloff-Grandits ist wissenschaftliche Koordinatorin Grenzforschung am Viadrina Center B/ORDERS IN MOTION und war Vertreterin des Lehrstuhls für Wirtschafts- und Sozialgeographie an der Europa-Universität Viadrina.

Referenzen

- [1] Schiffauer, W./Koch, J./Reckwitz, A./Schoor, K., & Krämer, H. (2018): Borders in Motion: Durabilität, Permeabilität, Liminalität. Working Paper Series B/ORDERS IN MOTION Nr. 1, Frankfurt (Oder): Viadrina, doi:10.11584/B-ORDERS.1.
- [2] Siehe <https://www.borderviolence.eu/> oder auch https://monde-diplomatique.de/shop_content.php?colD=100156, 05.06.2020.
- [3] <https://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/deutschland-lasst-asylsuchende-einreisen-100.html>, 05.06.2020.
- [4] <https://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2020/20200417-asylgeschaeftsstatistik-april.html?nn=284830>, 25.05.2020. https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/AsylinZahlen/aktuelle-zahlen-april-2020.pdf?__blob=publicationFile&v=6, 25.05.2020.
- [5] <https://fluechtlingsrat-berlin.de/presseerklaerung/07-04-2020-menschenlebensschuetzen-massenunterkuenfte-aufloesen-wohnungen-statt-lager/>, 05.06.2020; siehe auch Claudia Böhme, Anett Schmitz: Das Grenzparadigma „Flüchtlingslager“: Formen neuer Grenzpraktiken, in: <http://cbs.uni-gr.eu/de/ressourcen/borderobs>, 05.06.2020.
- [6] <https://taz.de/Corona-in-Hennigsdorfer-Fluechtlingsheim/!5681127/>, 05.06.2020.
- [7] <https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article229163120/28-Corona-Faelle-in-Fluechtlingsheim-in-Berlin-Buch.html>, und <https://www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/mindestens-16-corona-faelle-in-fluechtlingsheim-in-berlin-buch-li.84094>, 05.06.2020.
- [8] Flüchtlingsunterkünfte in Quarantäne: „Sie fühlen sich abgeschnitten“ Taz, <https://taz.de/Fluechtlingsunterkuenfte-in-Quarantaene/!5678995/>, 25.05.2020.
- [9] https://www.rbb24.de/politik/thema/2020/coronavirus/beitraege_neu/2020/05/brandenburg-fluechtlingsheime-ketten-quarantaenen.html, 05.06.2020.
- [10] Agamben, G. (1998). Homo sacer: Sovereign power and bare life. Stanford: Stanford University Press. Agamben, G. (2005). State of exception. Chicago: University of Chicago Press.
- [11] <https://www.tagesspiegel.de/berlin/berliner-senat-plant-eigenes-tempohome-mit-dem-coronavirus-infizierte-fluechtlinge-werden-in-pankow-untergebracht/25692550.html>, 05.06.2020.
- [12] Will A.-K. (2018): On “Genuine” and “Illegitimate” Refugees: New Boundaries Drawn by Discriminatory Legislation and Practice in the Field of Humanitarian Reception in Germany. Social Inclusion, 6 (3), S. 172-189.
- [13] <https://www.br.de/nachrichten/bayern/asylbewerber-als-erntehelfer-fluechtlingsrat-uebt-kritik,Rw7lBve>, 25.05.2020.
- [14] Cyrus, N., & Vogel, D. (2005): Germany. in: J. Niessen, Y. Schibel, & Cressida Thompson (Hrsg.): Current Immigration Debates in Europe: A Publication of the European Migration Dialogue. DGB Bildungswerk.
- [15] Weber, E. et al. (2020): Research Report Deutschland vor einer schweren Rezession: Der Arbeitsmarkt gerät durch Corona massiv unter Druck IAB-Kurzbericht, No. 7/2020, siehe <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/216723/1/kb202007.pdf>, 05.06.2020.

Alltagsgrenzen und soziale Innovationen in Brandenburg während der Pandemie

Ariane Sept & Peter Ulrich | Veröffentlicht am 24. September 2020

Regionen und Gesellschaften befinden sich im stetigen Wandel – das war vor der Corona-Pandemie schon so und wird durch die gegenwärtige Corona-Krise umso deutlicher und gar noch beschleunigt. Gesellschaftliche Wandlungsprozesse werden häufig auch im Kontext gesellschaftlicher oder regionaler Herausforderungen diskutiert [1], die über neue Lösungen, Praktiken, Organisationsformen und Kooperationen von Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft angegangen und bewältigt werden können. In diesem Kontext ist der Begriff der **sozialen Innovation** in den letzten Jahren auf der Agenda erschienen, um Beiträge zur Lösung von gesellschaftlichen Herausforderungen zu diskutieren. Anders als technische und wirtschaftliche Innovationen, die sich stark auf die Entwicklung neuer Technologien und entsprechender Patente sowie wirtschaftlichen Erfolg fokussieren, dienen soziale Innovationen eher gesellschaftlicher Problemlösung. Im letzten Jahrzehnt sind soziale Innovationen nicht nur in der Wissenschaft angekommen, sondern wurden auch in der Politik und Praxis aufgegriffen. Auf EU-Ebene wurde schon frühzeitig folgende Definition verwendet: „Soziale Innovation bezeichnet die Entwicklung neuer Ideen, Dienste und Modelle zur besseren Bewältigung gesellschaftlicher Probleme. Sowohl öffentliche als auch private Akteure und die Zivilgesellschaft sollen dazu beitragen“ [2].

In der Forschung zu sozialen Innovationen wird nach wie vor häufig auf die Definition von Wolfgang Zapf zurückgegriffen, wonach soziale Innovationen neue Wege sind, um Ziele zu erreichen oder Probleme besser zu lösen als frühere Praktiken und die nachgeahmt

und institutionalisiert werden [3]. Auch wenn spätere Definitionen einen stärkeren Fokus darauf legen, dass es sich um gemeinschaftliche [4] oder gesellschaftlich hoch bewertete Ziele [5] handelt, gelten soziale Innovationen demnach nicht per se und für alle als „gut“. Oder wie Lindhult formulierte: „There is no inherent goodness in social innovation“ [6].

Alltagsgrenzen als soziale Neuerungen zur Eindämmung des Virus

Fragen wir nun mit einer solchen Sichtweise nach räumlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie und ihren Folgen, müssen wir also zunächst nach den Zielen von Neuerungen fragen. Oberstes Ziel war in erster Linie die Eindämmung einer übertragbaren Krankheit oder, vor allem am Anfang, „die Kurve flach zu halten“. Dahinter stecken zum einen gesellschaftliche Ziele wie die Aufrechterhaltung des Gesundheitssystems oder der Seuchenschutz der Bevölkerung und zum anderen persönliche Ziele, zunächst vor allem die Vermeidung einer Ansteckung. Zur Erreichung dieser Ziele wurden, neben anderen Maßnahmen, alte, weiche oder ursprünglich *permeable* Grenzen zwischen Nationalstaaten aber auch Landkreisen und teilweise Gemeinden als harte Grenzen reaktiviert und wieder *durabel* gemacht. Gleichzeitig entstanden in kürzester Zeit Absperrungen, Markierungen und Barrieren, die wir als neue Grenzen im Alltag betrachten können: das Flatterband am Spielplatz markierte das Zutrittsverbot, die eigene Grundstücksgrenze oder Wohnungstür den individuellen Aufenthaltsbereich, Linien vor

Bild: Hinweistafel in Biesenthal; Aufnahme: Peter Ulrich, Juli 2020

der Supermarktkasse oder dem Fensterausschank begrenzen den persönlichen Wartebereich, Plexiglasscheiben grenzen den Bereich der Verkäufer*innen von dem der Kund*innen ab, Türschwellen werden zur Grenze zwischen „mit Mundschutz“ und „ohne Mundschutz“.

Die Ziele dieser Maßnahmen wurden jedoch mit der Zeit immer komplexer: Neben dem Schutz vor Ansteckung und die Eindämmung der Pandemie traten bald schon die Ermöglichung gesellschaftlichen Lebens und Mobilität, die Aufrechterhaltung der Wirtschaft oder die Garantie von Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten. Einige dieser neuen Grenzen wurden also gezogen, um das Alltagsleben weniger zu begrenzen als noch einige Wochen zuvor. In diesem Sinne könnten wir diese neuen Grenzen, die unseren Alltag bestimmen, durchaus als soziale Innovationen deuten, handelt es sich doch um neue Wege immer neue Ziele zu erreichen, die man durchaus als gesellschaftlich hoch bewertet ansehen kann und die in Form von Verordnungen unmittelbar institutionalisiert werden.

Für viele mag daher, nicht zuletzt mit Blick auf den persönlichen Infektionsschutz, der Satz des Ostberliner Dichters Stefan Döring

von 1986 durchaus zutreffend erscheinen: „ich fühle mich in Grenzen wohl“ [7]. Dabei zeigen sich oftmals jedoch sozial-räumliche Unterschiede in deutlicher Klarheit: wer sich in den Grenzen eines großen Grundstücks im suburbanen oder ländlichen Raum bewegte, fühlte sich zunächst wohler als jemand, die mit Partner*in und zwei Kindern in den Grenzen der zu kleinen Stadtwohnung ausharrte.

Soziale Innovationen als kreative Umgehungsstrategien?

Gleichzeitig lässt sich mit der Ziehung alltäglicher Grenzen auch eine andere Form von sozialer Innovation beobachten, die wir in Anlehnung an Georg Fischer (2020) als „kreative Umgehungsstrategien“ beschreiben können. Damit sind „passende situative Strategien zur Überwindung von Barrieren“ [8] gemeint, die „für den symbolischen oder praktischen Rückgewinn von Kontrolle in einem stark verregelten Bereich [stehen], dessen Regeln die Akteure nicht kontrollieren oder zu ihren Gunsten ändern können“ [9]. Während die neuen Grenzen einerseits als Schutzmaßnahme auf (mal mehr, mal weniger) Akzeptanz stoßen,

Bild (links): Aushang mit Hilfsangeboten in Gerswalde, Uckermark; Aufnahme: Ariane Sept, August 2020
Bild (rechts): Infoveranstaltung und Konzert mit Abstand in Barsikow; Aufnahme: Ariane Sept, August 2020

setzen sie andererseits kreative Prozesse in Gang sie zu umgehen, möglichst ohne dabei die Regeln zu brechen. Beispielsweise erfuhr auch in Brandenburg die digitale Kommunikation über Videotelefonate, Dorfapps (z.B. Bad Belzig App [10]) oder Gruppenchats einen Aufschwung (z.B. Gerswalde [11]), nicht zuletzt auch um Hilfsangebote für alltägliche Besorgungen zwischen zuvor einander Unbekannten zu organisieren oder neue Formen des gemeinschaftlichen oder symbolischen Miteinanders zu koordinieren, wie etwa auch durch die Alltagsbesorgungen für Bedürftige durch den Verein Slubfurt [12] oder die Kultur-Hilfsaktion durch das (Nicht-)Festival „Keena Da 2020“ [13] in Frankfurt (Oder).

In vielen Dörfern finden sich Aufrufe aufeinander zu achten und insbesondere alleinlebenden Nachbarn Hilfe anzubieten. Daneben scheint Musik eine besondere Rolle zu spielen, überwinden doch Töne auch physische Grenzen. So gab zum Beispiel der Organist Cameron Carpenter

ein Fensterkonzert in Eberswalde [14] und in Barsikow in Ostprignitz-Ruppin kam das Dorforchester zu Ostern mit großem Abstand zwischen den Musikant*innen auf dem Dorfbauer zusammen, um die Dorfbewohner*innen mit Musik zu erfreuen [15]. Weitere Beispiele sind Take-Away-Services und digitale Koordination von Gutscheine-/Spendenaktionen oder ein Kinder-, Jugend- und Elterntelefon [16], um fehlendem Austausch entgegen zu wirken. Darüber hinaus erfuhr lokale Angebote ebenso wie naturnahe Aktivitäten gerade im Land Brandenburg einen Aufschwung und neue Wertschätzung.

Immer wieder kam daher in den letzten Monaten auch die Hoffnung auf ein neues gesellschaftliches Miteinander auf. Erste Untersuchungen zeigen zum Beispiel: „Das Engagement vor Ort fand für viele Herausforderungen und Probleme schneller und auf lokale Rahmenbedingungen passendere Lösungen und Konzepte, als Bund, Land und Kommunen, Behörden und Ämter dazu in der Lage wären“ [17].

Mittelfristig stellt sich die Frage nach der Verstetigung und Nachhaltigkeit dieser neuen Praktiken, Organisationsformen und Dienstleistungen. Sind das nur temporäre Phänomene, um auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren und kreativ Umgehungsstrategien anzuwenden oder haben einzelne Aspekte davon das

Dr. Ariane Sept ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und stellvertretende Abteilungsleiterin der Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum“ am Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung in Erkner.

Potential sich zu verstetigen, zur Routine zu werden und unverzichtbar zu sein? Erst wenn sich die in den letzten Monaten beobachteten neuen Praktiken auch längerfristig etablieren, hätten wir es mit echten sozialen Innovationen zu tun.

Dr. des. Peter Ulrich war kommissarischer wissenschaftlicher Koordinator „Grenzforschung“ am Viadrina Center B/ORDERS IN MOTION und ist PostDoc in der Forschungsabteilung „Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter“ am Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung in Erkner.

Referenzen

[1] Siehe dazu in der Wissenschaft Howaldt, Jürgen/Schwarz, Michael (2011): Soziale Innovation – Gesellschaftliche Herausforderungen und zukünftige Forschungsfelder. In: Sabina Jeschke, Ingrid Isenhardt, Frank Hees und Sven Trantow (Hrsg.): Enabling Innovation, Wiesbaden: Springer VS, S. 217-238 oder in der Wissenschaft das 8. EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont2020, das sieben gesellschaftliche Herausforderungen definiert, die durch kollaborative Forschung und (soziale) Innovationen angegangen werden können.

[2] <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langld=de&catId=1022#:~:text=Soziale%20Innovation%20bezeichnet%20die%20Entwicklung,die%20Zivilgesellschaft%20sollen%20dazu%20beitragen>, 24.9.2020.

[3] Zapf, Wolfgang (1989): Über soziale Innovationen. In: Soziale Welt 40 (1-2), S. 170–183.

[4] Mumford, Michael D. (2002): Social Innovation. Ten Cases From Benjamin Franklin. In: Creativity Research Journal 14 (2), S. 253–266.

[5] Gillwald, Katrin (2000): Konzepte sozialer Innovation. WZB. Berlin. Online unter <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/50299/1/319103064.pdf>, 24.9.2020.

[6] Lindhult, Erik (2008): Are Partnerships Innovative? In: Lennart Svensson und Barbro Nilsson (Hrsg.): Partnership. As a strategy for social innovation and sustainable change. Stockholm, Sweden: Santérus Academic Press, S. 37–54., S. 44

[7] <http://www.planetlyrik.de/sascha-ander-stefan-doring-bert-papenfus-ich-fuhle-mich-in-grenzen-wohl/2010/05/>, 24.9.2020.

[8] Fischer, Georg (2020): Sampling in der Musikproduktion. Das Spannungsfeld zwischen Urheberrecht und Kreativität. Marburg: BÜCHNER, S. 309

[9] ebenda, S. 320

[10] <https://www.bad-belzig.de/app>, 24.9.2020.

[11] <http://gerswalde.info/>, 24.9.2020.

[12] <http://www.slubfurt.net/slubfurter-nachbarschaftshilfe-in-der-corona-krise/>, 24.9.2020.

[13] <https://www.moz.de/lokales/frankfurt-oder/kultur-hilfsaktion-ein-festival-fuer-frankfurt-oder-und-slubice-das-nicht-stattfindet-49153028.html>, 24.9.2020.

[14] <https://www.moz.de/lokales/eberswalde/fenster-konzerte-star-organist-meron-carpenter-gastiert-in-eberswalde-50385989.html>, 24.9.2020.

[15] <https://www.barsikow.de/nachrichten/#Osterkonzert>, 24.9.2020.

[16] https://www.amt-odervorland.de/fileadmin/Red_Ordner/trailer/Corona/01.04.2020_Flyer_Corona_Telefon_Steinhoefel.pdf, 24.9.2020.

[17] Tahmaz, Birthe; Krimmer, Holger (2020): Wie Engagement die Corona-Krise bewältigt und die DSEE ihre Rolle finden kann. In: Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland, 14/2020. Online unter https://www.b-b-e.de/fileadmin/Redaktion/05_Newsletter/01_BBE_Newsletter/2020/7/newsletter-14-tahmaz-krimmer.pdf, 24.9.2020, S. 1.

4. Politische Ordnungen und Corona

Hilflosigkeit als Rechtfertigung – zur Pragmatik politischer Sprache im Umfeld der Grenzsicherungen im Saarland

Philipp Krämer | Veröffentlicht am 11. Juni 2020

Grenzsicherungen pragmatisch betrachtet

Dass man angesichts einer globalen Pandemie, die sich immer weiter ausbreitet, die Grenzen schließen und den Zugang zum eigenen Land regulieren muss, schien vielen eine Selbstverständlichkeit: eine pragmatische Lösung, bei der man Sentimentalitäten beiseite lassen sollte. Dass diese Entscheidung alles andere als pragmatisch war, dass sie schwerwiegende Folgen hatte, zeigte sich relativ bald.

In der Sprachwissenschaft versteht man unter *Pragmatik* etwas anderes, nämlich das Forschungsfeld, das sich mit sprachlichen Handlungen beschäftigt. Wie mit bestimmten Äußerungen etwas vollzogen

und erreicht wird, wie Menschen durch sprachliches Verhalten miteinander umgehen, steht bei pragmatischer Forschung im Mittelpunkt.

Die Grenzsicherungen im Zuge der Corona-Pandemie waren nicht nur sehr konkrete administrative und politische Handlungen, sondern die Maßnahmen wurden auch von sprachlichen Handlungen begleitet: Von Aussagen beispielsweise in der Politik, mit der sie verteidigt, gerechtfertigt, untermauert werden sollten. Sprache war in diesem Zusammenhang also eine unterstützende politische Handlung, die (ebenfalls versprachlichte) Gegenhandlungen bremsen sollten, etwa Forderungen nach Öffnung der Grenzen.

In der saarländischen Landespolitik

Bild: Unsichtbare Grenze zwischen Deutschland und Frankreich vor Corona, Aufnahme Philipp Krämer

wurden im Laufe der langen Wochen geschlossener Grenzen Äußerungen hörbar, deren Funktionsweise sich mit den Instrumenten der Pragmatik und anderer Zweige der Sprachwissenschaft gut erklären lässt. Es lohnt sich, diese Zitate etwas genauer zu betrachten und aufzulösen, welche sprachlichen Mittel dahinter stehen. Die politischen Äußerungen bieten zudem eine Grundlage für weitergehende Betrachtungen zur Rhetorik in anderen europäischen Ländern, die ebenfalls ihre Grenzen schlossen, nicht zuletzt in Mittel- und Osteuropa.

Nützlich für die Analyse sind Konzepte wie Präsuppositionen und Implikaturen: Darunter versteht man mittransportierte Aussagen, die nicht explizit gemacht werden, die sich aber aus der Bedeutung der eigentlichen sprachlichen Äußerung herleiten lassen. Die kritische Diskursanalyse liefert Hinweise dazu, wie die einzelnen Aussagen eingebettet sind in größere Zusammenhänge öffentlichen Sprechens, aus dem bestimmte sozio-ökonomische oder politische Kräfteverhältnisse erkennbar werden.

Laxheit in Frankreich?

Wie schlägt es sich in der politischen Sprache nieder, dass angesichts deutlich sichtbarer Verstimmungen im nachbarschaftlichen Verhältnis die Suche nach einer Begründung für die Grenzschließungen immer dringender wurde? Betrachten wir eine Reihe von Äußerungen und deren sprachlichen Eigenheiten genauer, begonnen mit einer Begründung des saarländischen Ministerpräsidenten knapp drei Wochen nach der Einrichtung der Grenzblockaden:

„Die Kontrollen sind deshalb notwendig geworden, weil wir gesehen haben, dass man in Frankreich ein anderes Verständnis hat, wie man mit dem Virus umgeht. Es sind weniger Testungen gemacht

worden als bei uns und man hat früher die Eindämmungsphase der Pandemie verlassen.“ (Ministerpräsident Tobias Hans, 2. April 2020, SR Fernsehen), 17.00-17:15min [1].

Mit dieser Begründung für die Grenzschließungen und –kontrollen drückt der saarländische Ministerpräsident die Ansicht aus, dass bei einem anderen Umgang Frankreichs mit dem Virus die Maßnahmen nicht notwendig geworden wäre. Explizit wird auch ein Vergleich zum eigenen Vorgehen gezogen, mit dem Frankreichs Praxis negativ bewertet wird. Ableiten lassen sich daraus zwei Implikaturen:

Der Umgang Frankreichs mit dem Virus ist nicht richtig.

Frankreich hat die Grenzschließungen selbst verursacht.

Die Ursache politischer Handlung basiert damit also nicht auf einem eigenen Entschluss, sondern auf außenstehenden Impulsen. Ähnlich funktioniert der Verweis auf die Ausgangssperre in Frankreich in der folgenden Äußerung. Die nächste Begründung für die Grenzmaßnahmen zielt zudem auf die Anzahl der täglich zurückgewiesenen Personen ab:

„Rund 600 Zurückweisungen zeigen, dass es notwendig ist. Die Ausgangssperre wird in Frankreich nicht ausreichend kontrolliert“ (Alexander Funk, CDU-Fraktionsvorsitzender im Landtag des Saarlandes, 6. April 2020, Saarbrücker Zeitung) [2].

Bei dieser Aussage kann man davon ausgehen, dass die Anzahl der Zurückweisungen als hoch angesehen werden soll, um die weitreichende Relevanz der Maßnahmen zu zeigen. Die damit transportierte Implikatur wäre demnach:

Die hohe Anzahl der Zurückweisungen zeigt, dass Kontrollen und Sperrungen der Grenze gerechtfertigt waren.

Ob diese Implikatur tatsächlich funktioniert, hängt entscheidend von der Aussagenlogik ab. Umformulieren lässt sich der Aussagegehalt als:

Die Maßnahmen waren gerechtfertigt, weil viele Menschen zurückgewiesen wurden.

Ohne die Maßnahmen hätte es jedoch genau diese Zurückweisungen nicht gegeben: Viele Menschen wurden zurückgewiesen, weil es die Maßnahmen gab. Sie können selbst also nicht die Begründung dafür liefern, dass sie richtig waren. Sinnvoll kann eine solche Begründungsstruktur nur sein, wenn ein weiterer Faktor hinzukommt, der die Tautologie aus sich wechselseitig belegenden Aussagen aufbricht. Als solchen wiederum nutzt man die angeblich mangelnde Kontrolle der Ausgangssperre in Frankreich – womit die Last wieder beim Nachbarland gesehen wird.

Tausende Illegale

Darauf spielt das folgende Zitat an, das zugleich noch an einen viel breiteren Diskurs über Grenzpolitik anschließt:

„Was nutzt eine Ausgangssperre, wenn tausende Menschen illegal zu uns kommen wollen.“ (Innenminister Klaus Bouillon, 6. April 2020, SR Online) [3].

Die diskursive Verknüpfung wird getragen von den drei zentralen Elementen des Satzes:

tausende | illegal | zu uns.

Es wird ein Raum des Wir konstruiert, wie es mit realen oder virtuellen Grenz-

ziehungen üblich ist. Zugleich signalisiert tausende eine unüberschaubare Anzahl. Mit illegal schließlich wird die Bewegung zu uns als unrechtmäßig markiert. Gemeinsam formiert sich auf diese Weise ein Bedrohungsszenario aus Bedeutungskomponenten, das aus dem Schutz- und Abwehrdiskurs etwa im Zusammenhang mit Flucht und Migration bereits stark eingeschliffen ist. Nicht zuletzt in den nationalistischen Diskursen der Regierungen in Polen oder Ungarn rund um die Grenzpolitik seit 2015 sind derartige Muster fest verankert. Wie der Blog-Post von Jarosław Jańczak zeigt, dominierte in Polen auch während der Corona-Krise „a power-territory vision of central control over space“, ähnlich wie sie der saarländische Innenminister sprachlich konstruiert.

Im grenzüberschreitenden freundschaftlichen Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland waren Diskursmuster rund um den Bereich von Gefahr und Schutz in den letzten Jahrzehnten äußerst selten geworden. Während eine globale Pandemie sicherlich zu Recht als Bedrohung angesehen wird, positionierte der saarländische Innenminister explizit Menschen und ihr außerhalb des Rechtsrahmens liegendes Verhalten als Grundlage des Gefahrenszenarios.

Hilflos und schwach?

Dass angesichts einer drohenden Gefahr zu außergewöhnlichen Maßnahmen gegriffen werden dürfe, ist eine sehr weit verbreitete Argumentationsbasis. Der saarländische Ministerpräsident stellt entsprechend die Sperrungen an den europäischen Binnengrenzen als ein solches außergewöhnliches Mittel dar:

„Grenzschließungen sind ein Akt der Hilflosigkeit.“ (Ministerpräsident Tobias Hans, 10. Mai 2020, Frankfurter Allgemeine Zeitung) [4].

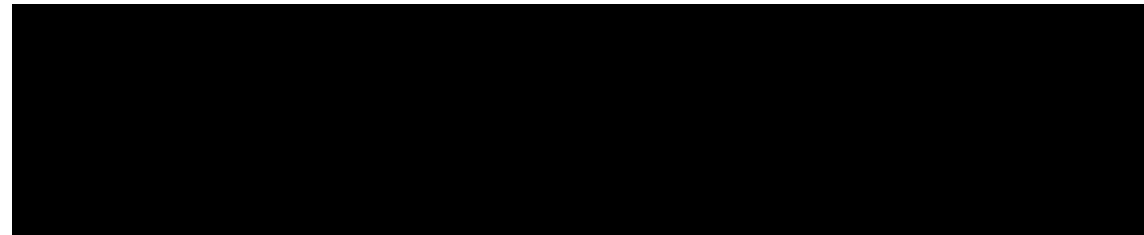


Bild: Quelle Twitter

„Grenzschließungen sind immer ein notgedrungener Akt, nie ein Zeichen von Stärke.“ (Ministerpräsident Tobias Hans, 13. Mai 2020, persönlicher Twitter-Account) [5].

Die Bedeutung der Begriffe *notgedrungen* und *Hilflosigkeit* beruht entscheidend auf der Annahme, dass keine anderen Mittel zur Verfügung standen, dass man einen letzten Ausweg aus einer Zwangslage suchte und dabei auf sich allein gestellt war – in der Pragmatik kann man hier von einer semantischen Präsupposition sprechen, also einer mitschwingenden Aussage, die sich aus der Bedeutung selbst ergibt. Angesichts der äußerst engen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich bzw. Luxemburg ist vor allem dieser letzte Aspekt offenkundig nicht zutreffend: In einem stark vernetzten politischen Kontext sind die Partner in der Regel gerade nicht auf sich allein gestellt. Der Begriff der Hilflosigkeit suggeriert ein Dilemma, das faktisch nicht bestand, denn selbstverständlich waren Alternativen vorhanden: Die Weltgesundheitsorganisation WHO und das Robert-Koch-Institut rieten beispielsweise bereits vorher von Grenzschließungen ab. Zudem kritisierten Frankreich und Luxemburg, man habe sie nicht im angemessenen Umfang konsultiert und keine gemeinsamen Lösungen gesucht – was wiederum exakt der Vorstellung widerspricht, man sei auf deutscher Seite auf sich allein gestellt gewesen.

Fazit: Verteidigung durch Machtlosigkeit

Dass man derart stark eigene Machtlosigkeit demonstrieren will, ist im politischen Geschäft ansonsten äußerst ungewöhnlich. Hierin zeigt sich der starke Rechtfertigungsdruck für die Entscheidungen, für die man offenbar keine positive Begründung vorzubringen hat. Anders als bei den meisten anderen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie konnte man sich bei der Grenzpolitik nicht auf Empfehlungen aus der Wissenschaft stützen, denn diese sprachen sogar exakt dagegen. Einen Fehler einzuräumen und von den eigenen Entscheidungen abzurücken sah man offenbar nicht als ernstzunehmende Option an.

Die Gründe für die Sperrungen und Kontrollen wurden deshalb sprachlich externalisiert, man stellte in erster Linie das eigene Handeln als Konsequenz bzw. Reaktion auf von außen kommende Erscheinungen dar, etwa das Verhalten Frankreichs. Die Eigeninitiative der saarländischen Landespolitik und ihr Handlungsspielraum sollte in diesem Zusammenhang möglichst gering erscheinen. Die Auswahl sprachlicher Handlungen zur Rechtfertigung, äußerte sich in Mitteln, die alle auf diesen Effekt abzielten. Dass man zu diesen Mitteln greifen musste, deutet wiederum stark darauf hin, dass die Grenzschließungen als solche längst nicht so ‚pragmatisch‘ waren, wie es auf Anhieb aussehen mag.

Der Verweis auf Einflüsse von außen, auf die man mit Abschottungsmaßnahmen reagieren muss, ist ein gängiger Begründungsversuch auch in der nationalistischen Politik einiger Regierungen Mittel- und Osteuropas. Auch hier wird häufig die Schließung oder Kontrolle von Grenzen als wirksam schützendes Mittel dargestellt. Nutzt die Politik in Deutschland ähnliche Sprach- und Handlungsmuster, verspielt sie die Möglichkeit, auf diesen Argumentationsstrang künftig mit angemessener

Kritik reagieren zu können. Dies umso mehr als die polnische Regierung letztendlich sogar die Grenzen zu Deutschland einige Tage früher vollständig öffnete, als Deutschland selbst die Kontrollen an der französischen Grenze beendete.

Dr. Philipp Krämer vertritt den Lehrstuhl für Sprachgebrauch und Sprachvergleich der Europa-Universität Viadrina und ist assoziiertes Mitglied am Viadrina Center B/ORDERS IN MOTION.

Referenzen

[1] https://www.sr.de/sr/fernsehen/sendungen_a_-_z/uebersicht/saarthema/20200402_saarthema_extra_corona_100.html, 11.06.2020.

[2] https://www.saarbruecker-zeitung.de/saarland/landespolitik/saar-spd-landtag-soll-in-corona-krise-regierung-mehr-kontrollieren_aid-49951285, 11.06.2020.

[3] https://www.sr.de/sr/home/nachrichten/politik_wirtschaft/bouillon_verteidigt_grenzschliessungen_100.html, 11.06.2020.

[4] <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/tobias-hans-grenzschliessungen-sind-akt-der-hilflosigkeit-16763146.html>, 11.06.2020.

[5] <https://twitter.com/tobiashans/status/1260481929356476419?s=20>, 11.06.2020.

Grenzen überschreiten in Pandemiezeiten. Veränderungen der Mobilitätsbeziehungen zwischen der EU und den Westbalkanstaaten

Moritz Filter | Veröffentlicht am 17. September 2020

In der Zagreber Erklärung vom 6. Mai 2020 [1] haben die Führungsspitzen der Europäischen Union (EU) und ihrer Mitgliedsstaaten die Beitrittsperspektive für die Westbalkanstaaten [2] einmal mehr bekräftigt. Knapp 20 Jahre nach der ersten Zagreber Erklärung, in der den zugehörigen Ländern erstmals eine Beitrittsmöglichkeit in Aussicht gestellt wurde, ist jedoch allein das Gastgeberland der pandemiebedingt virtuell abgehaltenen Konferenz EU-Mitglied geworden [3]. So profitieren allein die Bürger*innen Kroatiens von der im EU-Vertrag festgelegten Freizügigkeit im Personen- und Warenverkehr und den Vorteilen des EU-Binnenmarktes [4], wohingegen die EU-Außengrenze seit 2013 von der slowenisch-kroatischen in die Mitte des einstigen jugoslawischen Staatenbundes gerückt ist. Allerdings ist es in den letzten Jahren auch zu einer Annäherung zwischen den verbliebenen Westbalkanstaaten und der EU gekommen: Nachdem Ende 2010 die Visapflicht für albanische und bosnische Staatsangehörige abgeschafft wurde [5] und infolge der Assoziierungsabkommen [6] u.a. der Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt [7] erleichtert wurde, hat der Personenverkehr zwischen der EU und dem Westbalkan deutlich zugenommen. Diese Normalisierung trägt auch den vielfältigen persönlichen Beziehungen Rechnung, denn infolge mehrerer Emigrationswellen, deren Auslöser von den Anwerbeabkommen der Gastarbeiter*innen über die Folgen der Balkankriege in den 1990er Jahren bis zur anhaltend schwierigen politischen und wirtschaftlichen Situation

reichen, schätzt man die Diasporabevölkerung weltweit auf inzwischen 4,5 Mio. Einwohner (davon 3,1 Mio. in der EU), wobei 20% der serbischen, 30% der kosovarischen und nordmazedonischen sowie rund 45% der albanischen, bosnischen und montenegrinischen Bevölkerung außerhalb ihres Heimatlands leben [8].

Einschränkungen der ersten Pandemiephase

Während der Corona-Krise zeigt sich, dass die transnationale Mobilität für die Bürger*innen der sogenannten Drittstaaten offenbar länger als zunächst gedacht eingeschränkt bleibt. Obwohl die Westbalkanstaaten in der ersten Pandemiephase im Vergleich zu den mittel- und westeuropäischen EU-Ländern niedrigere Infektionszahlen aufwiesen [9], waren die dort ergriffenen Maßnahmen umso rigorosier: sie reichten von Ausgangsbeschränkungen und nächtlichen Polizeistunden über die komplette Einstellung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs bis zur kompletten Schließung der Passagierflughäfen. Nachdem die Fallzahlen deutlich zurückgingen, war man seit Mitte Mai bestrebt, recht schnell eine Normalisierung der Verkehrsbeziehungen innerhalb und zwischen den Staaten der Region sowie in Richtung der EU zu erreichen. Neben der Diaspora im EU-Ausland sind dabei auch die vergleichsweise intensiven Austauschbeziehungen zwischen den ehemaligen Staaten Jugoslawiens von wichtiger Bedeutung: so besitzen viele der etwa 550.000 Bosnier*innen, die sich zur

kroatischen Volksgruppe zählen [10], ebenfalls die kroatische Staatsbürgerschaft [11] und überschreiten aus persönlichen Gründen regelmäßig die EU-Außengrenze.

Waren in der Zeit des Lockdowns bis auf die für die Aufrechterhaltung der elementaren Versorgung notwendigen Transporte [12] die Grenzen weitgehend geschlossen, konnten diese schrittweise wieder geöffnet werden. So wurde die bis dahin für Einreisende aus den Westbalkanstaaten gültige Verpflichtung zur 14-tägigen Selbstisolation zum 01.07.2020 aufgehoben, sodass ab diesem Zeitpunkt auch touristische Reisen wieder ermöglicht wurden [13].

Reiserestriktionen für Drittstaaten bleiben bestehen

Bereits ab dem 15.06.2020 wurden unter der Initiative „Re-Open EU“ [14] die innerhalb des Schengenraums während der ersten Pandemiephase eingeführten Grenzkontrollen und Einreisebeschränkungen weitgehend aufgehoben.

Zeitgleich legte die EU-Kommission Empfehlungen zur schrittweisen Aufhebung der Reisebeschränkungen aus Drittstaaten in die EU vor. Aufgrund der zur EU vergleichbaren oder sogar besseren epidemiologischen Situation empfahl die Kommission, die Reisebeschränkung für Albanien, Bosnien-Herzegowina, das Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien mit Wirkung vom 1. Juli aufzuheben [15]. Da es in der zweiten Junihälfte in der Region zu einem Wiederaufflammen der Epidemie kommt, wurde diese Empfehlung (bis heute) nicht umgesetzt. Ebenfalls bleiben die Reise警告ungen seitens der EU-Mitgliedsstaaten für die Westbalkanstaaten unverändert bestehen.

Auch in Kroatien ist seinerzeit ein moderater Anstieg der Neuinfektionen zu beobachten, der vor allem auf Einreisende aus den Nachbarstaaten zurückgeführt wird. Infolgedessen wird die ab 01.07. aufgehobene Quarantänepflicht für Staatsangehörige aus den Nachbarstaaten ab dem 11.07. über Nacht wieder eingeführt. Entgegen der gängigen

Bild: Bahnhof im Adriaafen Ploče ohne Personenverkehr. Aufnahme: Moritz Filter

Quarantänebestimmungen, die auf einen Aufenthalt der letzten 10-14 Tage in einem Risikogebiet basieren, können paradoxerweise EU-Bürger*innen, die aus Bosnien einreisen, ohne Quarantänepflicht ihren Urlaub an der Adriaküste genießen. Bosnische Staatsangehörige können sich zwar mittels Gesundheitszeugnis inklusive PCR-Test von der Quarantänepflicht befreien lassen, was aber aufgrund der hohen Kosten (für eine 5-köpfige Familie fällt ein durchschnittlicher Monatslohn an) für die wenigsten erschwinglich ist [16]. In der Folge bleiben im kroatischen Dalmatien die sonst zahlreich vertretenen bosnischen und serbischen Urlauber*innen aus, wohingegen sich der weniger als 10 Kilometer lange bosnische Küstenabschnitt um Neum vor Urlaubsgästen kaum retten kann [17].

Ein Flickenteppich mit Folgen

Obwohl in vielen Regionen der EU die Infektionszahlen ebenfalls wieder ansteigen, gibt es seitens der EU keine erneute Empfehlung zur Einführung von Reisebeschränkungen für bestimmte EU-Staaten oder Regionen. Die Steuerung der Reiserestriktionen während der Sommerferienzeit erfolgt vielmehr auf nationalstaatlicher Ebene durch die Ausweisung von Risikogebieten und damit verbundenen Auflagen wie Quarantänepflichten bzw. dem Vorlegen eines Gesundheitszeugnisses [18]. In der Konsequenz gibt damit derzeit einen unüberschaubaren Flickenteppich an nationalen Regelungen, die einer schrittweisen Normalisierung des Reiseverkehrs zwischen der EU und den Westbalkanstaaten entgegen stehen [19]. Ein anschauliches Beispiel ist die vorzeitige Rückreisewelle von deutschen und niederländischen Tourist*innen nach der Ausweisung von beliebten kroatischen Feriengebieten als Risikogebiet. Diese Reaktion der deutschen bzw. niederländischen Behörden kam nach wochen-

langem Anstieg der Infektionszahlen erst kurz vor Ende der Sommerferien und damit reichlich spät. Nachdem Österreich zusätzlich die Registrierungspflichten für Transitreisende verschärft hat, stauen sich die Autos am slowenisch-österreichischen Karawankentunnel bis zu 12 Kilometer, wo deren Insassen bis zu 15 Stunden auf den Grenzübertritt warten müssen – dabei entstehen Bilder, die seit dem Beitritt Sloweniens zum Schengenraum vermeintlich der Vergangenheit angehört haben [20].

Diese stehen sinnbildlich für die derzeitige außergewöhnliche Situation, die mit weitreichenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen verbunden ist. Die Region wird dabei doppelt getroffen, denn die ausbleibenden ausländischen Tourist*innen und Angehörige der Diaspora machen sich augenscheinlich durch Nichtanwesenheit im Stadtbild und in den fehlenden Umsätzen im Hotel- und Gaststättengewerbe bemerkbar. In der Touristenhochburg Dubrovnik lagen die Besucherzahlen Anfang August auf etwa 40% des Vorjahresniveaus [21], in Bosnien klagt man allein im ersten

Bild: Bereitstellung eines Talgo-Schnellzuges mit Endpunkt im bosnischen Grenzbahnhof Čapljina in Sarajevo. Aufnahme: Moritz Filter

Halbjahr über einen Rückgang um zwei Drittel im Vergleich zu 2019 [22]. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass Bosnien während der ersten Phase der Pandemie ebenfalls umfangreiche Einreisebeschränkungen für Ausländer*innen eingeführt hat, von denen auch die Diaspora-Bevölkerung massiv betroffen war [23]: erst ab 16. Juli konnten EU-Bürger*innen wieder mit einem negativen Corona-Test nach Bosnien einreisen [24].

Manifestation der bestehenden Defizite im Verkehrssektor

Darüber hinaus hat die Pandemie die Schwächen und Defizite der regionalen Verkehrssysteme einmal mehr sichtbar werden lassen. Eine Mischung aus nach wie vor bestehenden Restriktionen, Ängsten der Bevölkerung und wirtschaftlichen Problemen der Verkehrsunternehmen führt dazu, dass die Mobilität der Bevölkerung in den Westbalkanstaaten nach wie vor stark eingeschränkt ist.

Gab es vom *Međunarodni Aerodrom Sarajevo* in Vor-Pandemie-Zeiten regelmäßige Direktverbindungen nach München, Berlin, Stuttgart und Köln, sind auf der Abflugtafel an manchen Tagen ganze zwei Abflüge zu finden, wobei auch die Verbindungen in die Nachbarhauptstädte Belgrad und Zagreb nicht täglich angeboten werden [25]. Auch der in den letzten Jahren in Südosteuropa expandierende Fernbusanbieter FlixBus macht bis auf die beiden Ausnahmen Belgrad und Mostar derzeit einen Bogen um die Westbalkanstaaten [26].

Die Eisenbahn spielt in der Region schon länger eine marginale Rolle: Seit im Jahr 2013 der letzte internationale Schnellzug zwischen dem kroatischen Adriaafen Ploče über Sarajevo nach Zagreb eingestellt wurde, gibt es in Bosnien keinen grenzüberschreitenden Fernverkehr mehr. Obwohl die Eisenbahnen der Föderation Bosnien-Herzegowina über modernes Wagenmaterial verfügen, die Infrastruktur in den letzten Jahren eingehend

modernisiert wurde und die Fahrzeit von rund 2 Stunden 30 Minuten gegenüber der kurvenreichen Straßenverbindung um etwa eine Stunde kürzer wäre, kann man sich bis heute mit der kroatischen Bahn nicht über die finanziellen Bedingungen für einen Betrieb verständigen. Die Corona-Pandemie hat dem Aufwärtstrend der bosnischen Eisenbahnen, die in den letzten Jahren immerhin das Binnenverkehrsnetz wiederausbauen konnten, einen erneuten Dämpfer versetzt: nach der KomplettEinstellung des Personenverkehrs wurde seit 01.06.2020 lediglich der Verkehr innerhalb der bosniakisch-kroatischen Föderation in reduziertem Umfang wiederaufgenommen. Einen Termin für die Wiederaufnahme der Verbindungen in die serbische Teilrepublik (über Doboij nach Banja Luka und weiter nach Bihać) gibt es bis heute nicht [27].

Besonders in Krisenzeiten zeigt sich somit, dass der motorisierte Individualverkehr oft die einzige Alternative für Fortbewegung darstellt, was impliziert, dass Personengruppen ohne Zugang zum eigenen Auto noch stärker ausgegrenzt werden. Während in vielen westeuropäischen Staaten das öffentliche Verkehrsangebot in der Krise als systemrelevant eingestuft und weiter aufrechterhalten wurde, war der öffentliche Verkehr im Westbalkanraum weitgehend eingestellt, sodass auch wichtige Berufsgruppen etwa im medizinischen Bereich und im Einzelhandel abgesehen von Auto und Taxi keine Fortbewegungsmöglichkeit besaßen.

EU-Unterstützungszusagen bleiben unkonkret

Vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie hat die EU-Kommission Ende April ein Hilfspaket in Höhe von 3,3 Mrd. Euro aufgelegt, dass neben Soforthilfen Unterstützung für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Erholung beinhaltet. In der Zagreber Erklärung wird

die EU-Kommission ersucht, einen soliden Wirtschafts- und Investitionsplan für die Region aufzulegen, um im Rahmen einer engen Zusammenarbeit die erheblichen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise zu bewältigen und funktionierende Marktwirtschaften zu schaffen, die in der Lage sind, sich voll und ganz mit dem EU-Binnenmarkt zu verbinden. Dazu zählt explizit auch die Stärkung der Konnektivität im Verkehrsbereich [28].

Bereits im Rahmen des 2014 gestarteten Berliner Prozesses, der die Westbalkanstaaten auf dem Weg in die EU unterstützen soll, sind wegweisende Initiativen und Programme auf den Weg gebracht worden: Im Rahmen der *Connectivity Agenda* sollen von 2015 bis Ende dieses Jahres 1 Mrd. Euro an EU-Fördermitteln für Projekte im Energie- und Verkehrsbereich investiert worden sein [29]. Zudem wurde im Jahr 2017 in Triest die Gründung der *Transport Community* initiiert, einer aus der EU und den 6 Westbalkanstaaten bestehenden Organisation mit Sekretariat

Referenzen

[1] Erklärung von Zagreb, 6. Mai 2020. Vgl. <https://www.consilium.europa.eu/media/43774/zagreb-declaration-de-06052020.pdf>, 26.08.2020.

[2] Aktuell zählen dazu Albanien, Nordmazedonien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Montenegro und Serbien.

[3] Seit dem Beitritt fällt Kroatien nicht mehr unter den politischen Sammelbegriff für die EU-Anrainer in Südosteuropa.

[4] Aufgrund des noch nicht erfolgten Beitritts zum Schengen-Raum finden an den Grenzen nach wie vor Personenkontrollen statt.

[5] <https://www.greens-efa.eu/de/artikel/press/eu-visa-liberalisation/>, 26.08.2020. Lediglich für Bürger*innen des Kosovo besteht nach wie vor eine Visapflicht für die EU.

in Belgrad, die die schrittweise Integration der regionalen Verkehrsmärkte in den EU-Verkehrssektor und die Erweiterung der Transeuropäischen Netze (TEN) auf die Westbalkanstaaten koordinieren und begleiten soll [30].

Inwieweit und bis wann sich für die Bevölkerung der Westbalkanstaaten merkbare Verbesserungen der grenzüberschreitenden Mobilität ergeben, bleibt sowohl mit Blick auf die post-pandemische Wiederherstellung des *status quo* ante als auch auf den langfristigen Abbau der bestehenden Erreichbarkeitsdefizite in der Region abzuwarten.

Moritz Filter (M.A.) ist Fellow am Viadrina Center B/ORDERS IN MOTION an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) und dort auch Leiter des Projekts „Mobilität im Wandel – Transnationale Verkehrsbeziehungen in europäischen Grenzregionen seit 1945“. Er promoviert am Lehrstuhl für Vergleichende Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte.

[6] Die mit den Westbalkanstaaten geschlossenen Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (Mazedonien 2004, Albanien 2009, Montenegro 2010, Serbien 2013, Bosnien-Herzegowina 2015, Kosovo 2016) dienen primär der Annäherung auf dem Weg zu einem späteren EU-Beitritt und zielen u.a. auf den gegenseitigen Marktzugang für Unternehmen und eine Angleichung von Normen und Rechtsvorschriften an das EU-Recht ab. Vgl. <https://www.bmas.de/DE/Themen/Soziales-Europa-und-Internationales/Europa/Aussenbeziehungen-der-EU/assoziiierungsabkommen.html>, 26.08.2020.

[7] In Deutschland gilt seit 2016 die sogenannte Westbalkan-Regelung. <https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/zav/content/1533719184471>, 28.08.2020.

[8] Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2017): Beschäftigung und Migration in der Region Westbalkan. Übersicht der Wanderungsbewegungen und Arbeitsmärkte, S. 2-3.

[9] Das Dashboard der WHO bietet eine gute Möglichkeit, den Verlauf der COVID-19-Pandemie pro Land grafisch darzustellen: <https://covid19.who.int/region/euro/country/ba>, 16.09.2020.

[10] Agencija za statistiku Bosne i Hercegovine (2019): Popis stanovništva, domaćinstava i stanova u Bosni i Hercegovini. Etnička/nacionalna pripadnost, vjeroispovjest i maternji jezik.

[11] Das Innenministerium Kroatiens zählte zwischen der Staatsgründung 1991 und 2010 rd. 675.000 Bewerber*innen auf die kroatische Staatsbürgerschaft, die zum Zeitpunkt der Bewerbung bosnische Staatsbürger*innen waren. Vgl. <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/160552/staatsbuergerschaft>, 28.08.2020.

[12] Am 25. März 2020 wurde in Belgrad eine Festlegung des dort ansässigen EU-Westbalkan-Sekretariats der Transport Community getroffen, die den Transport lebenswichtiger Güter zwischen den EU- und den Westbalkanstaaten entlang sogenannter „Green Corridors“ während des Lockdowns sicherstellen sollte.

[13] <https://www.slobodnaevropa.org/a/hrvatska-otvara-granicu-za-susjede-30698710.html>, 28.08.2020.

[14] https://ec.europa.eu/germany/news/20200615-neue-website-re-open-eu_de, 28.08.2020.

[15] https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1035, 28.08.2020.

[16] <http://balkans.aljazeera.net/vijesti/drzavljani-bih-i-srbije-u-hrvatsku-uz-samoizolaciju-ili-negativan-pcr-test>, 28.08.2020.

[17] <https://bhrt.ba/neum-prepun-uprkos-koronavirusu/>, 28.08.2020.

[18] Grundlage für die Regelungen bieten meist die Infektionsschutzgesetze der Nationalstaaten.

[19] Memić (2020): Eine Reisewarnungsfarce. <https://kurier.at/meinung/eine-reisewarnungsfarce/401009099>, 28.08.2020.

[20] Kaos na granici nakon odmora u Hrvatskoj <https://www.dw.com/hr/kaos-na-granici-nakon-odmora-u-hrvatskoj/a-54664025>, 28.08.2020.

[21] <https://slobodnadalmacija.hr/vijesti/biznis/turisticki-kolaps-na-jugu-dubrovnik-iznad-vode-drze-domaci-gosti-hrvati-su-ponovno-otkrili-grad-1037284>, 28.08.2020.

[22] <http://www.slobodna-bosna.ba/vijest/166127/teska-godina-za-turizam-privlacenje-stranih-gostiju-i-dijasporu-u-bih-ravno-nemogucoj-misiji.html>, 28.08.2020.

[23] Ein beträchtlicher Teil der in Bosnien geborenen Bevölkerung und derer im Ausland geborenen Nachkommen besitzt nicht mehr die bosnische Staatsbürgerschaft. Vgl. Bosna i Hercegovina Ministarstvo Sigurnosti (2019): Migracioni profil Bosne i Hercegovine za 2018. godinu, S. 72-76.

[24] <https://www.slobodnaevropa.org/a/30728574.html>, 29.08.2020. Die Einreisebeschränkungen für Bürger*innen Serbiens, Montenegros und Kroatiens hatte Bosnien bereits mit Wirkung vom 01.06.2020 komplett aufgehoben. Für weitere Drittstaaten gibt es nach wie vor weitergehende Beschränkungen bis hin zu Einreiseverboten.

[25] <https://www.sarajevo-airport.ba/Schedule>, 26.08.2020.

[26] <https://www.flixbus.de/busverbindung>, 26.08.2020.

[27] <https://www.zfbh.ba/informacija-opokretanju-putnickog-saobracaja/>. Auch die Antwort auf eine erneute Anfrage bei den Željeznice Federacije Bosne i Hercegovine (ŽFBH) vom 25.08.2020 ergab keine neuen Erkenntnisse.

[28] Erklärung von Zagreb, 6. Mai 2020 <https://www.consilium.europa.eu/media/43774/zagreb-declaration-de-06052020.pdf>, 26.08.2020. Über die detaillierte Ausgestaltung der notwendigen Maßnahmen zur Erreichung der in der Erklärung festgeschriebenen Ziele ist bisher nichts bekannt.

[29] European Union (2019): EU Connectivity Agenda for the Western Balkans. Die Finanzierung der Projekte erfolgt über den Western Balkans Investment Framework (WBIF), wobei die EU-Fördermittel jeweils ein Mehrfaches an nationalen Investitionsmitteln und Krediten auslösen sollen, <https://www.wbif.eu/>, 28.08.2020.

[30] https://ec.europa.eu/transport/themes/international/enlargement/western-balkans/transport-community_en, 26.08.2020.

Die Krise als Stunde des Staates

Zu den Corona-Thesen von Andreas Reckwitz

Gangolf Hübinger | Veröffentlicht am 24. Juli 2020

Wie verändert die Corona-Krise die Lebensordnungen der Moderne? In Zeiten der Krise schlägt als erstes die Stunde der Krisendeuter. In Paris, nach wie vor die Hauptstadt der Intellektuellen, haben „Zeitdiagnosen und Hypothesen zur Zukunft“ Konjunktur, so die Zeithistorikerin Ingrid Gilcher-Holtey in der Frankfurter Rundschau [1]. Hinkt die deutsche Diskussion dem hinterher, in unkritischer Akzeptanz einer verordneten „neuen Normalität“ des gesellschaftlichen Lebens? Die Intellektuellen-Kultur beider Länder ist zu verschieden, um zu einer einfachen Antwort zu gelangen. In Frankreich bündelt sich der Diskurs in hohem Maße in der Metropole. In Deutschland verläuft er eher dezentral und ohne die ständige Gefechtsbereitschaft der Intellektuellen gegeneinander, welche die Pariser Szene seit der Dreyfus-Affäre an der Kulturschwelle zum 20. Jahrhunderts auszeichnet. „Eingreifendes Denken“ [2] über die Folgen der Pandemie für das soziale und politische *Ordnungsgefüge* demokratischer Gesellschaften durchzieht seit diesem Frühsommer ohne Frage aber auch die deutsche Öffentlichkeit. Zu den wortmächtigsten Kombattanten zählt der Soziologe Andreas Reckwitz, der kürzlich von der Viadrina an die Humboldt-Universität zu Berlin gewechselt ist.

Der Staat erfindet sich neu

In Frankfurt (Oder) gehörte Andreas Reckwitz zu den Autoren des Gründungsdokumentes des Viadrina Centers B/ORDERS IN MOTION [3]. Das Gründungspapier konzentrierte sich noch ganz auf „Grenzforschung und die Border(land) Studies“. Die Corona-

Krise zeigt nunmehr überdeutlich, wie sehr Grenzdiskurse eingebettet sind in Ordnungsdiskurse. Es scheint so, dass die kulturellen „Vorstellungen von der Geltung einer ‚Ordnung‘“ (Max Weber) [4] entscheidende Macht besitzen über Grenzbeziehungen in der Wirklichkeit wie in den Köpfen politischer Akteure. Gemeinsame europäische Krisenlösungen sind zwar angestrebt, werden aber zerteilt in Sprachbilder von selbstgerechten Westländern, von fordernden Südstaaten und von einem nationalstolzen Osten. Das sind Semantiken, die rund um den EU-Gipfel im Juli 2020 sofort ins Auge springen.

Welche „Vorstellungen von der Geltung einer ‚Ordnung‘“ verschaffen sich in der „Corona-Krise“ Gehör, die als eine geschichtliche Krise ersten Ranges angesprochen wird? „Geschichtliche Krisen“ sind für den Universalhistoriker Jacob Burckhardt Momente, in denen sich die „gepreßte Kraft“ sozialer Spannungen entlädt: „Der Weltprozeß gerät plötzlich in furchtbare Schnelligkeit“ [5]. In markanten Thesen zur Pandemie von 2020, mit dem rasanten Einbruch der Weltwirtschaft, der Erosion von Demokratien und den enormen Anforderungen an staatliches Handeln, widmet sich nun Andreas Reckwitz einer solchen „gepreßten Kraft“ gesellschaftlicher Spannungen in der Spätmoderne. Seine publizistischen Interventionen spitzen Erkenntnisse seiner Erfolgsbücher über die „Gesellschaft der Singularitäten“ und „Das Ende der Illusionen“ [6] zu. Exemplarisch greife ich einen Essay aus der Wochenschrift „Die Zeit“ vom Juni 2020 heraus, der die These im Titel trägt: „Verblendet vom Augenblick. Die Corona-Krise wurde panisch zum ungeheuren Epochenbruch stilisiert. In

Wahrheit erleben wir etwas anderes: Der Staat erfindet sich gerade neu – indem er Risikopolitik betreibt“ [7].

Reckwitz ist mithin ein Verfechter der Brennglastheorie, die ich als Historiker teile. Die Corona-Krise erzeuge die Probleme nicht, sie zoomte sie heran und müsse deshalb in den größeren Zusammenhang der „silent revolutions“ des späten 20. Jahrhunderts gestellt werden. Reckwitz' Thesen gelten der sozialen Struktur, der historischen Entwicklung und den Chancen einer politischen Neuordnung.

Die Krise mache die „polarisierte Sozialstruktur“ der Spätmoderne sichtbar, welche in den westlichen Gesellschaften als Resultat eines tiefgreifenden ökonomischen, technologischen und kulturellen „Strukturwandels“ stattgefunden habe. Die beliebten Umfragen, ob die Menschen durch Corona zum Nachdenken über ihr Konsumverhalten angeleitet und zu nachhaltigeren Verhaltensweisen motiviert werden, führen demnach in die Irre, wenn sie nicht in den Rahmen des folgenschweren sozialen Wandels dieser letzten von drei großen „Epochenschwellen“ der Moderne gerückt werden. Den Grundstein gelegt habe als erste Epochenschwelle in der frühen europäischen Moderne die industriell-politische Doppelrevolution. Die entscheidenden Weichen gestellt habe dann die zweite Schwelle der klassischen Moderne zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Dort „entstanden in wenigen Jahrzehnten eine entfaltete Industriegesellschaft, ein organisierter Kapitalismus, eine Massendemokratie und eine urbane Massenkultur. Das war eine Entwicklung von höchster Rasanz und Experimentierfreude“. Die digitalisierte Spätmoderne, auf die Corona jetzt erbarmungslos den Schweinwerfer richte, sei „in vieler Hinsicht eine radikalisierte Moderne“ und hänge insofern als dritte Epochenschwelle mit der zweiten eng zusammen. Für die historischen Kulturwissenschaften eröffnet sich hier zur Wechselbeziehung von dynamischen Ordnungen

und Grenzen ein ungebrochen aktuelles Forschungsfeld. Denn „entkommen wird man dieser Moderne wohl nicht so leicht“. Angesichts wachsender sozialer Ungleichheit und prekärer Lebenslagen rückt für Reckwitz der „Staat“ als Leistungs- und Interventionsstaat ins Zentrum seiner Überlegungen zu den Lebensordnungen der Moderne. Aktuell erfordere die Krise eine dringende „Neujustierung der Aufgaben von Staatlichkeit“ gegenüber einem deregulierten globalen Kapitalismus. Corona zeige auf, „dass eine hochdynamisierte Gesellschaft in vollem Tempo eines Staates bedarf, der nicht noch weiter mobilisiert und dereguliert, sondern der stabilisiert und reguliert.“

Corona verschärfe jetzt eine Debatte um politische Paradigmen, „die auf entgegengesetzten Vorstellungen gesellschaftlicher Ordnungen beruhen: entweder auf dem Ideal einer Regulierung oder dem einer Dynamisierung von Ordnung.“ Schon vor dem Corona-Krisendiskurs hatte sich Reckwitz hier intellektuell positioniert und für einen „einbettenden“ oder „regulativen“ Liberalismus als westliches Zukunftsmodell ausgesprochen, für „eine Revitalisierung der öffentlichen Infrastrukturen von der Bildung über die Gesundheit und das Wohnen bis zum Verkehrswesen, eine Verringerung der Schere der Ungleichheit zwischen Prekärbeschäftigten und Superreichen sowie eine Abmilderung der ökonomischen Auseinanderentwicklung von Stadt und Land“ [8].

Von der Odergrenze aus betrachtet, provoziert die Frage nach den Antagonismen von Dynamisierung und Regulierung moderner Gesellschaften eine Anschlussfrage, die Reckwitz offen lässt. Es ist die nach den demokratischen Legitimierungen von staatlich regulierten Ordnungen, zu denen es nach Corona in der Tat verstärkt kommen wird. Wir werden in Zukunft rechts und links der Oder zweierlei Herrschaftstypen demokratischer Ordnung studieren können. Regionale Verflechtungen [9] können kaum verhindern, dass sich zwischen Polen

und Deutschland gegensätzliche Vorstellungen von der Geltung einer demokratischen Ordnung in Europa verfestigen und dass sogar alte Narrative von „Ost“ und „West“ wiederbelebt werden. Auch das macht die Corona-Krise, in deren Zeichen in Polen ein heftiger Präsidentschaftswahlkampf geführt wurde und Deutschland turnusmäßig die EU-Ratspräsidentschaft übernahm, brennglasartig sichtbar.

Gegensätzliche Vorstellungen von der Geltung einer demokratischen Ordnung

Osten, Westen und Süden sind seit Corona wieder mehr als Himmelsrichtungen. Sie lassen sich zu politischen Narrativen aufladen, etwa wenn der polnische Botschafter in Berlin zu Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft dafür votiert, „daß es mehr Kredite für die Wirtschaft als geschenkte Zuschüsse für die EU-Staaten im Süden geben sollte“ [10]. Hier wird sorgsam darüber gewacht, dass der „Osten“ beim großen Geldverteilen zur Abfederung der Corona-Folgen gegenüber dem „Süden“ nicht zu kurz kommt und der „Westen“ sich mit Belehrungen zu liberalen europäischen Werten zurückhält. Kann vor diesem Hintergrund das von Andreas Reckwitz umrissene Ordnungsmodell eines „regulativen Liberalismus“ dem demokratischen Zusammenhalt Europas dienen, oder ist das rein westlich gedacht und polarisiert die Demokratiediskurse, wenn es jetzt in der Bewältigung von Corona um die Neujustierung von Staatlichkeit geht? Für die Forschungseinrichtung einer „Europa-Universität“, die gezielt die Dynamiken von „Ordnungen und Grenzen“ untersucht, dürfte diese Frage zentral werden.

Krzysztof Wojciechowski, Direktor des Collegium Polonicum in Ślubice und profunder Kenner der deutsch-polnischen Befindlichkeiten, sieht Polens Demokratie auf einem antiliberalen Eigenweg: „Sie haben eine Vision des Staates, und diese ist: Der Staat greift durch. Ein einfach

gestrickter Staat, der den Hintern versohlt, wo ein Problem ist“, der aber auch eine erfolgreiche paternalistische Sozialpolitik betreibt [11].

Es scheint so, als müssten insbesondere zwei Grundprobleme aus der Geschichte der Moderne neu überdacht werden. Welche Ordnungsvorstellungen verbinden wir vorrangig mit „Demokratie“, und welche Aufgaben weisen wir immer noch (oder schon wieder) dem „Nationalstaat“ zu?

Zu „Demokratie“ bietet sich nach wie vor die knappe und bündige Definition des an Max Weber geschulten Soziologen M. Rainer Lepsius an: „Demokratie ist eine politische Ordnung, die durch intermediäre Strukturen Interessenpluralität und öffentliche Konfliktaustragung ermöglicht und individuelle Freiheitsspielräume institutionell sichert“ [12]. Nimmt man diese idealtypische Konstruktion zum Maßstab für eine Beurteilung der Demokratie in Europa, dann unterstreichen die prompten Reaktionen der herrschenden PiS-Partei auf die gewonnene Präsidentenwahl, dass für Polen darin keine Richtschnur für eine neu zu justierende Staatlichkeit gesehen wird. Die neue „Staatlichkeit“ im Post-Corona-Europa wird sich an gegensätzlichen Ordnungsvorstellungen orientieren.

Das westliche Ordnungsdenken richtet die für die Verarbeitung von Corona geforderte offensivere „Staatlichkeit“ im Sinne eines „regulativen Liberalismus“ an einem pluralistischen Demokratiekonzept mit freier öffentlicher Streitkultur aus. Für das dominierende Ordnungsdenken namentlich in Polen und Ungarn gilt es dagegen, diesen pluralistischen Typus von Demokratie mit unabhängiger Justiz, freien Medien und institutionellem Minderheitenschutz „vaterländisch“ zu überwinden. Der Prozess staatlicher und parteipolitischer Entdifferenzierung der Institutionen wird fortschreiten. Eine ehemalige Richterin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte spricht mit Blick auf Rechtskultur, Geschichtspolitik

und Lenkung der öffentlichen Meinung von einer „Umgestaltung des Systems“ [13], welche das europäische Ordnungsdenken eher polarisieren als pluralisieren wird. In Zeiten der Corona-Krise treten die europäischen Konfliktmuster deutlicher hervor. Die unterschiedlichen Erwartungen und Forderungen von Ost-, Süd- und Westeuropa stützen sich bei aller transnationalen Rhetorik auf die Idee des Nationalstaates, dem als oberste der sozialen Gemeinschaften die „legitime“ Macht über Leben, Tod und Freiheit zugeschrieben wird (Max Weber). Der Nationalstaat erscheint unverzichtbar als bewährte „Ressourcengemeinschaft“ [14], in der sich Partizipationsansprüche nach innen und Aggressionsbereitschaft nach außen wechselseitig verstärken. Am polnischen Präsidentschaftswahlkampf, mit starken sozialstaatlichen Verheißungen und heftigen Abgrenzungen gegenüber Deutschland, war das geradezu schulmäßig ablesbar. Was folgt aus alledem für die These von Andreas Reckwitz, die „Neujustierung der Aufgaben von Staatlichkeit“ wird in den Post-Corona-Gesellschaften das dringlichste aller Probleme moderner Gesellschaften sein? Nach meiner Beobachtung allein der europäischen Konfliktlagen werden wir es nicht nur mit einer dualen Problemkonstellation von hochdynamischem Kapitalismus und regulierendem Staat zu tun haben. Es wird eine dreipolige

Konstellation sein, deren Spannungen es zu balancieren gilt. In seiner Studie über die „Grundprobleme der Moderne“ beschreibt sie der Philosoph Otfried Höffe in Anlehnung an die ökonomische Globalisierungsdebatte als ein Gefüge von partizipatorischer Demokratie, eigenmächtigem Nationalstaat und hochentwickelter wirtschaftlicher Globalisierung. Diese konfliktträchtige Problemtrias beherrsche vom späten 19. Jahrhundert an bis heute unser Leben [15]. Die europäischen Intellektuellen als Ordnungsdenker der „silent revolutions“ wie als Krisendeuter der weltweit grassierenden Pandemie von 2020 werden sich vorrangig dieser Problemtrias stellen müssen. Wenn in der Krise die Stunde des Staates schlägt, dann sind sie als engagierte und kritische Beobachter der Dynamiken gefordert, welche sich aus den anstehenden Verteilungskämpfen um riesige Finanzsummen, Machtkämpfen um nationale Interessen und Kulturkämpfen um rechtsstaatliche Werte für die Neuordnung Europas in der Folge der Corona-Krise ergeben.

Prof. Dr. Gangolf Hübinger ist Viadrina Senior Fellow am Viadrina Center B/ORDERS IN MOTION und Prof. i.R. für Vergleichende Kulturgeschichte der Neuzeit an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder).

Referenzen

- [1] Ingrid Gilcher-Holtey: Die Rückkehr des Ringens um die konkrete Utopie. Krise und Kritik – Debatte über die Zukunft in Frankreich, in: Frankfurter Rundschau Nr. 106 vom 7. Mai 2020, S. 23.
- [2] Als zentrales Charakteristikum bei Ingrid Gilcher-Holtey: Eingreifendes Denken. Die Wirkungschancen von Intellektuellen, Weilerswist 2007.
- [3] Werner Schiffauer, Jochen Koch, Andreas Reckwitz, Kerstin Schoor, Hannes Krämer: Borders in Motion: Durabilität, Permeabilität, Liminalität (Working Paper Series B/Orders in Motion, Nr. 1), Frankfurt (Oder) 2018.
- [4] Zu Max Weber als historisch-soziologischem Ordnungsdenker vgl. Gangolf Hübinger: Europäische Ordnungsvorstellungen nach 1918. Theoretische Aspekte und exemplarische Fälle. Working Paper Series B/ORDERS IN MOTION Nr. 2, Frankfurt (Oder) 2019, bes. S. 8f.
- [5] Hier zitiert nach Jacob Burckhardt: Weltgeschichtliche Betrachtungen. Mit einem Nachwort von Jürgen Osterhammel, München 2018, S. 176.
- [6] Andreas Reckwitz: Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin 2017, ders., Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne, Berlin 2019.
- [7] Die Zeit Nr. 25 vom 10. Juni 2020, S. 45.
- [8] Zitate aus Andreas Reckwitz: Ein Ordnungsruf. Nach einer langen Phase der Dynamisierung wird die Politik nach neuen Formen der Regulierung suchen müssen, in: Die Zeit Nr. 47 vom 14. November 2019, S. 55.
- [9] Überzeugend zu regionalen Verflechtungen und nationaler Grenzpolitik Peter Ulrich und Jarosław Jańczak: Eigenlogik verflochtener Grenzräume, in: Märkische Oderzeitung vom 1. Juli 2020, S. 15.
- [10] „Die eigene Sicherheit hatte Vorrang“. Warschauer Botschafter Andrzej Prześniński über Schlußfolgerungen, die die Regionen an Oder und Neiße aus der Corona-Krise ziehen sollten, den Präsidentschafts-Wahlkampf sowie US-Soldaten in seinem Land, Märkische Oder-Zeitung vom 3. Juli 2020, S. 4.
- [11] „Das hat man in den schlimmsten Träumen nicht gedacht“. Der polnische Soziologe Krzysztof Wojciechowski beklagt die Aushöhlung des Rechtsstaats in seiner Heimat, sieht aber noch eine Chance, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 157 vom 10. Juli 2020, S. 2.
- [12] M. Rainer Lepsius: Demokratie in Deutschland, Göttingen 1993, S. 7.
- [13] Angelika Nußberger: Ein europäisches Trauerspiel. Rechtsstaat und Justiz in Polen, in: Forschung & Lehre Heft 5/2020, S. 418-420.
- [14] Dieter Langewiesche: Nation als Ressourcengemeinschaft. Ein generalisierender Vergleich, in: Reich, Nation, Föderation. Deutschland und Europa, München 2008, S. 36-52.
- [15] Otfried Höffe: Kritik der Freiheit. Das Grundproblem der Moderne, München 2015, S. 318-322.

Bisherige Veröffentlichungen

WP 2018/01

W. Schiffauer, J. Koch, A. Reckwitz,
K. Schoor, H. Krämer
Borders in Motion.
Durabilität, Permeabilität,
Liminalität

WP 2019/02

G. Hübinger
Europäische Ordnungs-
vorstellungen nach 1918.
Theoretische Aspekte und
exemplarische Fälle

WP 2019/03

S. Mezzadra
Sealing Borders?
Rethinking Border Studies in
Hard Times

WP 2019/04

C. M. Höfler
Establishing the End of the Soviet
Union as a Temporal Boundary.
Perspectives from Georgia's Greek
Community

WP 2019/05

P. Bohm, F. Grundmüller,
F. Ochsmann, D. Rothenberg,
Ch. Teckemeyer
Perspektiven einer Planstadt.

WP 2019/06

L. Schindler
Mobilität von den Grenzen
her denken?

WP 2020/07

T. Beichelt, L. Valentin
Liminality and Transnationalism.

WP 2020/08

P. Ulrich, N. Cyrus, A. Pilhofer (Hg.)
Grenzen und Ordnungen
in Bewegung in Zeiten der
Corona-Krise. Analysen zu Region
und Gesellschaft.

ISSN 2569-6025



9 772569 602001